

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Dritteljährl. 3.30 M., monatl. 1.10 M.,
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Bedingungen
betragt für die sechsgepaltenen Kolonnen
jeile oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gesellschaftliche Beiträge
und Veranlassungen 20 Pf.,
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(nur das erste Wort frei). Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochentagen
bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adressen:
„Socialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 11. April 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die rettende Krankheit!

Das tragische Geschick des nicht beständigen zweiten Berliner
Bürgermeisters Kaufmann hat einen Zwischenfall herbeigeführt, der
in wahrhaft erschreckender Weise zeigt, bis zu welchem Grad sittlicher
Verwilderung und erbärmlicher Gesinnungslosigkeit sich ein gewisses
freisinniges Bürgergremium fortentwickelt hat.

Stadtrat Kaufmann ist, wie man weiß, schwer erkrankt. Seine
Kranken waren zwar der Ungnade, die ihn vom Hofe traf, gewachsen,
nicht aber den feigen Zumutungen seiner Parteifreunde, die ihn
beschränkten, den Konflikt mit der Krone endlich aus der Welt zu
schaffen, indem er den freisinnigen Mannesgeistes durch freiwilligen
Verzicht gestattete, sich den notwendigen Konsequenzen ihres Anfalls
von Bürgermüt zu entziehen, ohne daß sie doch vor der Öffentlichkeit
als elende Feiglinge erschienen. Es war eine perfide Velleidigung
Kaufmanns, die auch wohl eine stärkere Gesundheit hätte
erschüttern können, daß ihm seine eignen Freunde die schuldige
Genehmigung versagten, ihm provisorisch die Geschäfte des zweiten
Bürgermeisters zu übertragen. Die freisinnigen Freunde
verschätzten sich hinter eine völlig falsche, von Kaufmann
nicht anerkannte, Auslegung der Bestimmung der Städte-
Ordnung, die davon spricht, daß im Behinderungsfall des
zweiten Bürgermeisters der dienstälteste Stadtrat seine Funktionen
übernehme. Kein Zweifel, daß es sich hier nicht um eine „Ver-
hinderung“ des Bürgermeisters handelte, daß es also durchaus zu-
lässig gewesen wäre, Kaufmann mit der Ausübung der bürger-
meisterlichen Geschäfte zu betrauen. Aber selbst wenn man die
„Behinderung“ hätte gelten lassen wollen, so würde nichts gehindert
haben, den Nichtbeständigen dennoch die Tätigkeit des Bürgermeisters
anzudeuten zu lassen. Die ihm im Dienstalter vorangehenden Stadträte
hätten nur so feinsinnig zu sein brauchen — der eigentlich
dienstälteste Stadtrat hat das ja auch getan — das Auerbieten
abzulehnen; dann wäre eben auch nach dieser überstrengen
Ausfassung der Städte-Ordnung Kaufmann ganz legitim an die
Reihe gekommen. Aber man hat eben Kaufmann absichtlich
übergangen. Der Männerstolz vor Königtönen war längst ein-
gefahrt. Man wartete nur auf die Gelegenheit, Frieden zu schließen,
wie man es in der Würdenbrunnen-Frage und sonst getan. Und diese
Gelegenheit, sich zu demütigen, wurde nur von diesem
halsstarrigen Kaufmann durchkreuzt, der das Verbrechen be-
ging, den freisinnigen Freunden erst zu nehmen! Da braucht
man eben Gewalt und dringende ihn — unter heuchlerischer Verhüllung
den Zwang der Städte-Ordnung — beiseite. Kaufmann brach
schließlich, unter der Pein der fortgesetzten Charakterlosigkeit seiner
Freunde zusammen.

Jetzt schlug wohl den freisinnigen Jämmerlingen das Gewissen?
Wenigstens ließ man doch die säkularistischen Zumutungen bis zur
Genehmigung des bedauernden Mannes ruhen? Wer das glaubt, versteht
sich auf freisinnigen Art und Würde schlecht. Die guten Freunde
empfanden die Krankheit geradezu als ein rettendes Ereignis! Jetzt
war die köstliche Zeit gekommen, wo man endlich den Hartnäckigen
los werden konnte. Und man überstürzte sich, die glückliche „Kon-
junktur“ auszunutzen. Kaufmann war nicht im Stande, sich zu
wehren, so hatten seine „Freunde“ die Möglichkeit zu tapferem
Handeln.

Sofort nach der Meldung von der Erkrankung wurde die nette
Nachricht zur Vorbereitung der Gemüter in die Presse gebracht, daß
Kaufmann die Absicht gehabt hätte, von der Kandidatur zurückzu-
treten. Der gemeine Schwindel hatte nicht die gewünschte Wirkung,
und man lenkte ein. Obendrein konnten die Eingeweihten versichern,
daß Kaufmann in seinen kranken Tagen jedes derartige Aufwachen
energisch zurückgewiesen habe.

Aber die freisinnigen Männer ließen sich nicht einschüchtern.
Die Krankheit mußte ausgenutzt werden; sonst ging sie am
Ende vorüber und Kaufmann lernte zu seinem alten Trost zurück.
Und an diesem Donnerstagsvormittag konnte denn ein magistratsamtlicher
Bezirksamtsrat an die Zeitungen die Mitteilung gelangen lassen,
daß Kaufmann schriftlich der Stadtverordneten-Versammlung
mitgeteilt hat, daß er auf seine Wahl zum Bürgermeister von
Berlin verzichte! Zugleich wurden die neuen Bürgermeister-
kandidaten genannt, unter denen der unvermeidliche Schuldige Dove
natürlich nicht fehlte.

Hurra! — ein förmlicher Siegesjubel der Erlösung entrang
sich den freisinnigen Kräften. Allen daran bemühte sich die Presse,
die seiner Zeit für den aufgestimmten, hochgerechten Dove ein-
getreten war, die Herrlichkeit dieses Sieges, der aus der Erkrankung
Kaufmanns erwachsen war, in schmüßiger Host auszudeuten — gleich
wie habgierige Erben den Tod ihres Verwandten nicht erwarten
können. Oben wir nicht immer gesagt, frohlockte das „Berliner
Tagblatt“, daß „nachdem der Ehrenpunkt überall gewahrt schien,
die Frage an den Herrn Stadtrat Kaufmann herantreten mußte, ob
er nicht aus eigenem Antriebe auf die Würde des zweiten Bürger-
meister-Postens verzichten sollte, um der Stadtverordneten-Versam-
mlung die volle Freiheit ihrer Entscheidungen wiederzugeben.“
Und das edle Organ wies versichert, daß die freiwillige Ent-
sagung Kaufmanns „zweifellos in sehr weiten Kreisen der haupt-
städtischen Bevölkerung mit einer großen Genugthuung entgegen-
genommen werde“.

Auch andre anständigere Blätter bedauerten zwar, daß es so
kommen sei, sprachen aber doch die Meinung aus, daß unter den
obwaltenden Umständen nichts Andres hätte geschehen können.

Die naheliegende Frage aber stellte niemand: Haben wir über-
haupt einen Anlaß, diesen Verzicht eines schwer Kranken Mannes,
der eben erst in eine Heilanstalt für Krankenleidende überführt werden
mußte, als endgültig zu betrachten? War es nicht die heiligste Pflicht
seiner Freunde, das Recht des Kranken, das identisch mit dem Recht

der Selbstverwaltung war, um so ernstlicher zu wahren, je weniger
er es selbst zu schätzen vermochte? Mußte es nicht für jeden
gestimmten Menschen selbstverständlich sein, die Angelegenheit ruhen
zu lassen, bis der körperliche Zustand Kaufmanns sich entschieden
hatte? Mußte man nicht alle Kundgebungen eines erschütterten
Willens für unverbindlich halten, die ganz und gar den unzweideutigen
Willensäußerungen widersprachen, die er in der Zeit seiner gefunden
Kraft bekundet hatte?

Kein Blatt stellte solche notwendigen Erwägungen an. Die
einen jubilierten, die andern resignierten achselzuckend. Und
doch ist das Blatt Papier, das die Freundschaft zwischen den Frei-
sinnigen und ihrem Könige wieder herstellen soll, wie verlautet,
unter Umständen zu stande gekommen, die den Verzicht als moralisch
und rechtlich ungültig erscheinen lassen. Der Entsagungsbrief Kaufmanns
ist, wie erzählt wird, bereits vor etwa acht Tagen geschrieben, also in
der Zeit des heftigsten Krankheitsanfalls, in einem Augenblick
tiefer seelischer Depression. Der Brief ist auch nicht von der eignen
Hand des Kranken geschrieben, sondern der Brief trägt nur die
Unterschrift des von anderer Hand geschriebenen Textes. Wir
unterlassen jede Vermutung, unter welchen Umständen der Brief
unterschieden worden ist. Wir stellen nur fest, daß der angebliche
Verzicht unter Umständen ausgesprochen wurde, die ihm den Wert
eines definitiven Entscheides nehmen müssen.

So können wir den Brief Kaufmanns nur als einen
Zwischenfall auffassen, der zwar sehr bedeutsam geworden ist für die
Entscheidung freisinnigen Seelenlebens, der aber keinen endgültigen Ab-
schluß bilden kann. Bevor Kaufmann nicht genesen ist, oder seine
Krankheit eine entscheidende Wendung genommen hat, muß die
Bürgermeisterfrage ruhen. Wir haben um so mehr Anlaß zu
solcher Zurückhaltung, als das Bestehen, wie Kaufmann nahe-
stehende versichern, zu den besten Hoffnungen schneller und völliger
Genehung berechtigt.

Der Wahlrechts-Kampf in Belgien.

Brüssel, den 8. April. (Sig. Ver.)

Die socialistische Kammerfraktion beschloß heute
früh, im Laufe der Nachmittags Sitzung von der Regierung eine
leichte und präzise Antwort bezüglich der Verfassungsrevision
(sachgemeines Wahlrecht) zu verlangen. Doch der Minister-
präsident kam diesem Verlangen zuvor. Er be-
traugte nach Erledigung einiger unangenehmer
Abstimmungen die Verfassungsrevision nächste Woche zu diskutieren...
Unausführbare Abstimmungen soll hier beiheingewilligung
der Budgets oder doch provisorischer Kredite.

Dieser Plan mocht dem gouvernementalen Jesuitismus alle
Ehre. Erst Bewilligung der Kredite, dann Schließung der
Kammer und Ende der Wahlrechtsfrage, für geraume
Zeit wenigstens. Ob und wie die Opposition diesen Schlag parieren
wird, läßt sich in dieser Stunde noch nicht absehen.

Die gemäßigt Liberalen waren natürlich fürs „Warten“ und
die Socialisten beantworteten die Erklärung des Ministerpräsidenten
mit — Schweigen. Die darauf stattfindende Beratung der socialistischen
Gruppe ergab einen Beschluß, der sich für das „Schwarzen“
aussprach. Ob sich die Massen des Volkes, das heißt die so oft
angeführten und ungeduldig gewordenen Arbeiter dieser Politik des
„Abwartens“ anschließen werden, ist mehr als zweifelhaft. Für die
flandrischen Arbeiter, die sich mit Eifer der Bewegung an-
geschlossen und die die Bewegung in alle Winkel ihres schwarzen
Landes verpflanzen, sowie für die Arbeiter des Vorkriegs, die
sich in der letzten Woche schon still zum Generalstreik vorbereiteten,
scheint die neue Situation eher anfeuernd als befriedigend zu wirken.

Die Erklärung des Ministerpräsidenten in der heutigen Kammer-
sitzung verbreitete sich wie ein Lauffeuer. Die Menge vor dem
Abgeordnetenhaus besprach sie lebhaft. Allgemein wurde sie eine
„Falle“ genannt.

Zehende strömten abends nach dem „Maison du Peuple“, um
die Stellungnahme der socialistischen Abgeordneten zu hören.

Ein Meeting fand im großen Saale statt.

Delporte und Vandervelde besprachen die Situation und
riefen zum „Abwarten“. Ein großer Teil der Versammlung erhob
wiederholt dagegen Widerspruch. Ein Arbeiter sagte: Wir sind halt
wieder einmal genossenschaft (roulé). Er verlangte unter säkularischem
Beifall mit dem „Abwarten“ zu warten und jetzt zu handeln. —
Darauf zog die Versammlung, revolutionäre Lieder singend, Hornisten
und rote Fahnen an der Spitze, durch die Stadt.

Civilgardisten in Uniform und vorbeimarschierende
Soldaten begrähten den Zug mit Schreien auf
das allgemeine Wahlrecht.

Während die Demonstrationen am Dienstag infolge der
Zurückhaltung der Polizei und der sogar sympathischen Haltung des
Militärs ruhig verliefen, ist es am Mittwoch leider infolge
der Schneidigkeit der Polizisten, die die Demonstrationen mit
brutaler Gewalt zu verhindern suchten, zu blutigen Zu-
sammenstößen gekommen. Unser Brüsseler Korrespondent schreibt
uns über die bedauerlichen Zwischenfälle:

„Die Manifestanten verließen gegen 9 Uhr das „Maison
du Peuple“ und durchzogen singend die Stadt. Zahlreiche Polizei-
mannschaften waren aufgestellt. Der Zug ging diesmal durch die
aristokratische Vorstadt Joffe-ten-Rode. An der Ecke der Rue
Saint-Lazare kam es zu Zusammenstößen. Einige Polizisten schlugen
die tausendköpfige Menge mit dem Säbel in der Hand zu
zerstreuen. Alle Gasflammen waren ausgelöscht. In dem Dunkel trachten ca. zwanzig Schüsse; von welcher Seite sie
abgegeben, konnten wir im Dunkel und im ungeheuren Gedränge

nicht unterscheiden. Die Polizisten schloßen in ein Café, das die
Manifestanten erstickten und ausräumten. Einige Polizisten wurden
verwundet.

Die Manifestanten teilten sich in keine Gruppen und suchten
andere Stadtteile auf. Die toben einlaufenden Telephonnachrichten
sprechen von eingeworfenen Fensterscheiben an den
Häusern mehrerer klerikaler Deputierten und an
drei Klöstern.“

Der „Stolle Belge“ veröffentlicht folgenden von dem Wolffschen
Bureau übernommenen Bericht über den Zusammenstoß:

„Die an den Kundgebungen Beteiligten zerbrachen auf
dem Wege nach dem Liebisplatz die Scheiben der
Straßenlaternen. Drei Polizisten aus Schaerbeek, die
ihnen entgegenzogen, wurden mit Steinwürfen an-
gegriffen. Die Polizisten machten Gebrauch von
ihren Revolvern, die Aufreißer ebenfalls. Ein
Polizist, Hoffeld, erhielt eine Kugel in die Herzgegend,
eine andre Kugel nahm ihren Weg von Wunde zum rechten
Ohr. Nachdem seine Kameraden ihre Patronen
verschossen hatten, mußten sie die Flucht ergreifen,
während der Verwundete, welcher auf dem Boden lag, durch Stein-
würfe und Fußtritte mißhandelt wurde. Die Aufreißer ver-
folgten die beiden andern Polizisten, von denen der eine
entkam; der andre Namens Verlandt schlüpfte sich, an der
Schulter verwundet, in ein Café in der Rue Impériale
und verbarg sich auf dem Boden. Die Socialisten erstickten das
Café, plünderten es und zerbrachen die Möbel, Gläser und Flaschen.
Eine Lampe explodierte und die Wölbekammer
zitterte Feuer. Die Aufreißer wichen vor dem Feuer zurück.
Der Polizist Hoffeld wurde rüchelnd im Steinsteine aufgefunden
mit vollständig zerklüftem Kopfe. Eine Kugel hatte die Lunge
durchbohrt, der Kopf zeigte vier tiefe Löcher, einige Rippen waren
gebrochen. Der Trupp Socialisten zog dann nach dem Nord-
bahnhof, wo er mit der Polizei zusammenstieß.
Zahlreiche Revolververfälsche fielen. Ein Polizist-
Offizier wurde zu Boden geworfen, durch die Dazwischenkunft von
Kollegen aber gerettet. Verletzte Gendarmen trieben dann die
Aufreißer auseinander.“

„Stolle Belge“ ist ein skandalöses Blatt, seine Darstellung des
Vorganges ist also zweifellos so tendenziös und gehässig gefärbt, wie
nur möglich. Das geht aus den Details über die angebliche Miß-
handlung des verwundeten Polizisten hervor. Als ob diese Ver-
letzungen — sofern sie überhaupt festgestellt sein sollten — dem am
Boden Liegenden nicht vielmehr in dem herrschenden Dunkel durch
die zusammengepreßte Masse unwillkürlich beigebracht worden sein
könnten! Aber auf derartige gehässige Entstellungen muß man in der
gegenwärtigen Situation gefaßt sein. Man weiß ja, welche Grenzübertre-
ten den Kommunisten von den Reaktionen angedichtet worden sind,
man weiß, welcher Ausschreitungen erst unlängst die Demonstranten
in Triest bezichtigt wurden. Berücksichtigt man das, so erkennt man
selbst aus dieser gehässigen Darstellung herans, daß der traurige
Zusammenstoß durch die Polizisten verschuldet wurde, die den bis
dahin friedlichen Demonstranten mit der Waffe in der Hand ent-
gegenzogen und sämtliche Patronen in die dicht gedrängte
Masse hineinfeuerten. Daß die erregte, angegriffene Masse
unter solchen Umständen die Blühenden in das Café verfolgte, ist
nur zu begreiflich.

Die angebliche Verstärkung des Beschlusses des Cafés ist wohl
ebenfalls auf unbeschäftigte Beobachtungen zurückzuführen.
„Stolle Belge“ ist wenigstens noch ehrlich genug, den Ausbruch des
Feuers in dem Café auf die Explosion einer Lampe zurückzuführen;
andere Telegramme behaupteten bereits, daß die Demonstranten ab-
sichtlich Feuer angelegt hätten! —

Nach der Meldung eines Berliner Blattes wurden durch die
Revolververfälsche der Polizisten bei diesem Zusammenstoß zwölf
Personen verwundet. Die Erbitterung der Menge ist also
nur zu sehr zu begreifen. —

Die Brüsseler „Reforme“ meldet, daß ein Haftbefehl gegen
Bollaert, den Präsidenten der „Jeune Garde Socialiste“,
lassen sei, den man am Mittwoch unter den Demonstranten gesehen
habe, denen das Gericht einen Teil der Verantwortung für die
gestrigen Vorkommnisse beimesse.

Also selbst das Gericht mißt nur einen Teil der Schuld dem
Vorgehen der Wahlrechts-Demonstranten bei. Freilich würde die
Verhaftung eines Mannes auf den vagen Verdacht irgend einer
vagen Mitschuld für der thörichteste Schritt sein, den man im Augen-
blick unternehmen könnte!

Ueber die Einberufung der Reservisten wird ge-
meldet:

Brüssel, 10. April. Als die zu den Fahnen einberufenen Reser-
visten sich heute am Nordbahnhof einfanden, um von dort nach ihren
Regimenten abzugehen, kam es zu lebhaften Demonstra-
tionen. Trotz des ausdrücklichen Verbots der Offi-
ziere, irgend welche Miße anzustehen oder sich direkt oder indirekt
irgendwie an einer Manifestation zu beteiligen, stimmten die
Reservisten, obwohl sie zugewisse von ihren Offi-
zieren geführt wurden, schon unterwegs die Marschallee
an und brachten vor dem Bahnhofe angesichts einer riesigen
Volkmenge sowie auf den Bahnperrons und noch aus dem Zuge
heraus Schreie auf das allgemeine Stimmrecht aus und riefen:
„Wir scheiden nicht auf das Volk“.

Mons, 10. April. Nach Charleroi sind Lanciers und
Jäger zu Fuß entandt worden und werden heute abend dort ein-
treffen. Nach La Louvière sind Jäger zu Pferde abgegangen;
in der letzten Nacht waren dort Dynamitpatronen gegen
mehrere Gebäulichkeiten geschleudert worden. Der Chef des General-
stabes der Bürgergarde von Mons trifft in La Louvière
Vorsorge für den Ordnungsdienst.

Lüttich, 10. April. Der Bürgermeister hat die
Artillerie der Bürgergarde requiriert; alle Truppen
sind konzentriert.

Auch die Kammer spiegelt die Erregung des Landes wieder. Nach einem Brüsseler Telegramm des „Bureau Laffan“ vom 10. April begannen die sozialdemokratischen Abgeordneten ihre Obstruktion, um eine Abstimmung über die provisorischen Budgetkredite zu verhindern. Der Merikale Delbe rief den Socialdemokraten zu: „Ihr seid Mörder!“ und droht, wenn ein Haar auf seinem Haupte gekrümmt würde, werde man gegen die Socialdemokraten zu Gewaltmaßnahmen greifen. (Großer Tumult und leidenschaftliche Proteste.) Majorität und Opposition lagen einander leidenschaftlich an, die Redner können bei fortgesetzten Unterbrechungen und wiederkehrendem Tumult kaum sprechen. Der allgemeine Ausfall ist bei den Bergleuten und den Metallarbeitern des Centrums bereits heute abend vollständig durchgeführt. In Goudeng fand heute vormittag im katholischen Klub eine Dynamitexplosion statt, ohne daß irgend jemand verwundet wurde.

Brüssel, 9. April. (Fig. Ver.) Für morgen abend sind für ganz Belgien Manifestationen beschlossen. Ein Flugblatt, ein Appell an das Volk, wurde vom Parteivorstand beschlossen.

Im Centre (Provinz Hainaut) haben die Bergarbeiter den Generalstreik begonnen. Die Metallarbeiter beginnen denselben am Montag. Die Bewegung ist, wie vorausgesehen, nicht mehr aufzuhalten. Die Brüsseler Arbeiter sind auf nächsten Sonntag einberufen, um über den Beginn des Generalstreiks zu beraten.

In Gent kam es gestern abend beim Empfang der Merikalen Abgeordneten infolge der Maßregeln der Polizei zu Zusammenstößen, bei denen zwanzig Personen verwundet wurden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. April.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus setzte am Donnerstag die Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung fort. In der Hauptsache drehte sich die Debatte wiederum um eine Erörterung der gesamten Finanzlage, auf die ja der Eisenbahn-Etat von dem wesentlichsten Einfluß ist. In seiner Etatsrede vom Januar hatte der Finanzminister die Mindererträge des Jahres 1901 gegenüber den Etatsansätzen auf 40 Millionen Mark geschätzt; wie er nunmehr auf Grund genauerer Schätzungen mitteilt, ist die Finanzlage noch trauriger, in der Eisenbahnverwaltung werden die Einnahmen um 80 Millionen hinter dem Etatsansatz zurückbleiben, auf der andern Seite sind bei den Ausgaben zwanzig Millionen gespart; diesen Mindererträgen der Eisenbahnen von sechzig Millionen stehen höhere Einnahmen bei den Bergwerken und den direkten Steuern gegenüber. Das Gesamtergebnis ist ein Minderertrag von 45 Millionen gegen den Etatsvoranschlag. Man sieht also, wie verkehrt es ist, auf den schwankenden Einnahmen aus der Eisenbahnverwaltung dauernde Ausgaben zu basieren. Trotzdem will Minister Fehr v. Rheinbaben nichts von dem Vorschlag des Abg. Dr. Sattler (natl.) wissen, einen Ausgleichsfonds zu schaffen und eine Grenze festzusetzen, bis zu der die Eisenbahn-Ueberschüsse für allgemeine Staatszwecke verwendet werden dürfen. Ebenso wenig zeigt er sich einer Trennung der Eisenbahnfinanzen von denen der allgemeinen Finanzen geneigt; er fürchtet, daß in die ganze Finanzverwaltung ein Moment der Unsicherheit kommen würde, wenn wir die Eisenbahneinnahmen entbehren müßten. Vor allem aber erfüllt es ihn mit Sorge, daß es noch nicht möglich gewesen ist, ein festes Verhältnis zwischen den Finanzen des Reiches und des Staates zu schaffen. Gewiß hat der Minister in diesem Punkte recht; wenn er aber des weiteren dem Reichstage den Vorwurf macht, daß er immer nur bestrebt ist, Ausgaben zu bewilligen, ohne für neue Einnahmen zu sorgen, so sollte er wenigstens konsequent sein und im Bundesrat fortan gegen jede weitere Bewilligung von Geldern für militärische und marine Zwecke auftreten, da ja bekanntlich der größte Teil der Ausgaben des Reiches für kulturwidrige Zwecke verwendet wird. Solange der Minister diese Konsequenz nicht zieht, vermögen wir seinen Worten keine Bedeutung beizumessen.

Was die spezielle Behandlung der Eisenbahnfragen betrifft, so brachten die Redner der verschiedenen Parteien wieder ihre alten Klagen vor, die nun schon seit einem Jahrzehnt im Landtage erschallen, ohne daß die Regierung sich darum kümmerte. Der Forderung auf eine Herabsetzung der Personentaxen widerstand nicht nur die Regierung, sondern auch Abg. Frick (Ctr.), der zu äußerster Vorsicht mahnte. Der Minister fürchtet von einer Herabsetzung der Tarife erhebliche Einnahme-Ausfälle, eine Befürchtung, die unbegründet erscheint, da, wie die Erfahrung lehrt, die Herabsetzung des Portos bei der Reichs-Postverwaltung die Einnahmen nicht nur vermindert, sondern sogar erhöht hat. Die gleiche Erfahrung würde man wahrscheinlich auch in der Eisenbahnverwaltung machen. Auch Herr v. Thiele ist gegen eine allgemeine Tarifermäßigung; nach seiner Meinung können Tarifermäßigungen nur auf dem Wege der Ausnahmetarife vorgenommen werden. Dieser Meinung schloß sich Abg. v. Kardorf (frk.) an, der sofort die Situation durchschaute und um weitere Tarifermäßigungen für landwirtschaftliche Produkte schnorrt.

Daß die Eisenbahnen kein reines Verkehrsinstitut, sondern in erster Linie eine Einnahmequelle für den Staat sind, ist eine bekannte Thatsache. Jetzt wollen die Verkehrsfeinde sogar dazu übergehen, die Bahnen in den Dienst politischer und religiöser Bestrebungen zu stellen. Der Abg. Gamp (frk.) und v. Arnim (l.) war es vorbehalten, diesem geistreichen Gedanken Ausdruck zu verleihen, indem sie forderten, daß die Eisenbahnen den Germanisierungsbestrebungen im Osten dienen sollen. Die Furcht vor der polnischen Gefahr hat in den Köpfen dieser Herren arge Verwüstungen angerichtet.

Am Freitag wird die Beratung fortgesetzt.

Neue Mindestzölle.

Die überzöllnerische Mehrheit der Zolltarif-Kommission hat am Donnerstag entgegen den Erklärungen des Grafen Poladovsky und des Handelsministers Müller eine außerordentliche Erhöhung der Zölle auf Quebrachholz und andre Gerbstoffe beschlossen; zwar trennten sich hier die Nationalliberalen von den Ueberzöllnern, aber Centrum und Konservative stimmten für einen 7 Mark-Zoll auf Quebrachholz, während die Regierung einen 1 Mark-Zoll befürwortet hatte.

Ebenso gedenken die Ueberzöllnerparteien ihre Ueberbietung des Regierungsentwurfs bei den am Freitag in der Kommission zur Beratung gelangenden Viehzöllen fortzusetzen. Und zwar beantragen sie für die betreffenden Positionen nicht nur höhere Zölle, sondern Mindestzölle, unter welche bei den Handelsvertragsabschlüssen keinesfalls hinuntergegangen werden soll.

Die Anträge fordern:

Nr. 99. **Werde** im Werte bis 1000 Mark 90 Mark (Regierungsvorlage); im Werte bis 300 Mark das Stück 30 Mark, im Werte von 800—1000 Mark das Stück 75 Mark; im Werte von mehr als 1050—2500 Mark das Stück 180 Mark (Vorlage: 150 Mark), von mehr als 2500 Mark das Stück 360 Mark (Vorlage: 300 Mark).

Eine Anmerkung giebt dem Bundesrat die Möglichkeit, in gewissen Fällen niedrigere Zölle zu erheben für Zuchtferde.

Eine weitere Anmerkung besagt: Die obigen Zölle sollen durch vertragsmäßige Abmachungen nicht um mehr als 20 Prozent ermäßigt werden.

Nr. 102 **Rindvieh**, für 1 Doppelcentner 18 Mark. Für Rindvieh beträgt der Zoll nach dem bestehenden Vertragstaxen für Rindvieh 5 Mark, für Kalber 3 Mark, für Ochsen 25,50 Mark, nach dem bestehenden Generaltarif für Bullen und Rind 9 Mark, für Jungvieh 6 Mark, für Kalber 3 Mark, für Ochsen 30 Mark. Der neue Tarifentwurf der Regierung schlägt vor: für Bullen und Rind pro Stück 25 Mark, für Jungvieh 15 Mark, für Kalber 4 Mark, für Ochsen 12 Mark pro Doppelcentner Lebendgewicht.

In Anmerkungen werden für Bullen zu Zuchtzwecken und für den Grenzverkehr auf die nächsten 6 Jahre Erleichterungen vorgeseh.

Weiter wird ein Mindestzoll festgesetzt wie oben bei Position 99.

Nr. 103 **Schafe**, für 1 Doppelcentner Lebendgewicht 18 Mark. Für Schafe beträgt der Zoll nach dem bestehenden Vertragstaxen und Generaltarif 0,50 Mark pro Stück, der neue Tarifentwurf will diesen Zoll auf 1 Mark pro Stück erhöhen.

Mindestzoll wie oben.
Nr. 105 **Schweine**, für 1 Doppelcentner Lebendgewicht 18 Mark. (Vertragstaxen: pro Stück 5 Mark, Generaltarif 6 Mark, neue Regierungsvorlage 10 Mark pro Doppelcentner.)

Mindestzoll wie oben.
Nr. 107 **Fleisch**, anschlüssig des Schweinefleischs, und genießbare Eingeweide von Vieh (ausgenommen Federvieh) für den Doppelcentner frisch, auch gefroren 45 Mark (Vorlage 30 Mark), einfach zubereitet 60 Mark (Vorlage 30 Mark), zum feineren Tafelgenuss zubereitet 120 Mark (Vorlage 75 Mark).

Nicht lebendes Vieh, zum Genuss verwendbar, unterliegt der Verzollung als frisches Fleisch und Vieh. Frisches und einfach zubereitetes hochreines Fleisch, sowie gepökelte und geräucherte Schweinefleisch unterliegen einem Zollzuschlag von 20 Proz., Schweinefleisch 30 Mark für 1 Doppelcentner. Der Bundesrat ist beauftragt, für bestimmte Grenzstrichen im Falle eines örtlichen Bedürfnisses die zollfreie Einfuhr einzelner Stücke von frischem oder einfach zubereitetem Fleisch oder Schweinefleisch in Mengen von nicht mehr als 2 Kilogramm, nicht mit der Post eingehend, für Bewohner des Grenzbezirks nachzulassen.

Mindestzoll wie bei den früheren Positionen.
Diese Anträge sind unterstützt durch Konservativ, Centrum und den nationalliberalen Abg. Sieg. Ob sich die übrigen nationalliberalen Mitglieder der Kommission denselben anschließen werden, ist zweifelhaft, aber die Mehrheit ist für sie gesichert.

Mit der Annahme dieser Anträge, insbesondere dieser Mindestzölle, die der Regierung für die künftigen Vertragsverhandlungen völlig die Hände binden, erweitert sich die Kluft zwischen Regierung und den Zollparteien anscheinend unüberbrückbar.

Aber man steht ja erst in der ersten Leistung! Jetzt wollen die Zollner zeigen, was eigentlich nötig sei an Zollschuß. Später kann das Abhandeln beginnen.

Deutsches Reich.

Wilt — wo bist Du? Der Reichskanzler Graf v. Bälou ist am Mittwochabend in Wien angekommen, um mit dem österreichischen Minister des Auswärtigen Grafen Goluchowski zu konferieren. Der deutsche Vorkämpfer Graf Wilt, Fürst zu Eulenburg und Regierbarde, ist wiederum in Wien nicht anwesend, wie stets, wenn derselbst irgend etwas geschieht, was, nach Diplomatenauffassung, für die deutschen Interessen von Wichtigkeit ist. Die Mutter des Vorkämpfers soll sich krank in Meran aufhalten und der getreue Sohn sei zu ihr geeilt, so lautet das Entschuldigungsattest, das dem Eulenburg offiziell ausgestellt wird. Graf Wilt hat doch immer wenn „etwas los“ ist, rafft ihn ein graues Schicksal aus seinem erhabenen Wirkungskreise. Oder wird sich Graf Wilt rufen, indem er mit uns weiß, daß die Beiprochungen des deutschen Reichskanzlers mit dem österreichischen Minister des Auswärtigen nicht mehr politische Bedeutung haben als ein Wardenstück oder eine Nordlandsfahrt?

Eine Polen-Vorlage soll nach Blättermeldungen dem preussischen Landtag in nächster Zeit zugehen, deren Beratung den Landtag voraussichtlich über Pfingsten hinaus zusammenhalten dürfte.

Graf Bälou hat ja in seiner Rede im preussischen Abgeordnetenhaus vom 18. Januar allerdings mehr oder minder fürchterliche Drohungen ausgesprochen. Er kündigte damals die beschleunigte Durchführung der deutschen Bestimmung der Ostmark, eine Vermehrung des staatlichen Domänenbestandes, die Gründung von Majoraten und Fideikommissen, die Schaffung von Germanisierungszulagen für besonders eifrige Beamte usw. an. Er sprach damals auch davon, daß zu verlangen sei, daß die Geißlichkeit sich von jeder national-polnischen Agitation fernhalte. Sollte die angekündigte Polen- oder vielmehr Anti-Polen-Vorlage all diese schönen Grundsätze der Bälou'schen Granitbeher-Politik realisieren wollen?

Das erste Opfer der Zollwut ist in der Redaktion der „Post“ gefordert worden.

Seitdem die Kaiserin existiert, pflegen die Gewerkschaften darauf zu halten, daß die Kollegen, die am 1. Mai — um Konflikte zu vermeiden — arbeiten, eine besondere Kaiserin entrichten, die vornehmlich dazu dient, infolge der Feier gemächere Genossen zu unterfüttern.

Bisher hat sich über diese Gepflogenheit niemand gewundert. Jetzt aber hat die „Post“ die allbekannte Sache entdeckt; sie teilt schauernd den Beschäftigten der Berliner Lokomotiv mit, die 25 Pf. zahlen wollen, und man muß das Blatt „kommen, was alles die „Genossen“ ihrer blind gläubigen Anhänger zu bieten wagen“. Die socialdemokratischen Lokomotiv sind bei dem berüchtigten Abfahrtskammer Johann Zegel in die Schule gegangen und hätten bei ihm die gewinnbringenden Vorteile des Abfahrtsstudiums studiert, die sie nunmehr auch ihrer Partei schleunigst zuzuwenden bemüht sind. Diese Raimarcken seien das „bequemere Anhilfsmittel“, sich für Geld von der Parteiverpflichtung freizulassen.

Schließlich findet die „Post“ in ihrem Wahn die Meldung „so unglücklich, daß man sie für einen schlechten Witz zu halten geneigt sein könnte. Indessen hat man bei der Socialdemokratie schon so vieles erlebt, was ihren eigenen Grundgedanken schmerzhaft zuwiderläuft, daß man sich kaum noch über etwas Derartiges wundern kann.“

Der Zustand der „Post“ ist in der That besorgniserregend; wäre die Krankheit nicht so weit vorgeschritten, so würde sie sicherlich ihre Freunde äußern, daß die Arbeiter so vernünftig seien, Konflikte nach Möglichkeit zu vermeiden. So aber läßt sie von Abfahrtszetteln, Postlauf von Parteiverpflichtungen usw.

Vermutlich werden wir morgen lesen, daß überhaupt alle Parteibeiträge dem Zwecke dienen, sich von den Parteiverpflichtungen loszukaufen, und außerdem noch Abfahrts gewähren für alle Verbrechen und Vergehen im Diesseits wie im Jenseits.

Man wird gut thun, die bedauerlichen Redacturen der „Post“ schleunigst unter die Polizeiverfügung betr. die Hundeperrone einzubegreifen, damit sie nicht weiteren Schaden anrichten.

China-Prozess. Aus Peking wird vom 10. April telegraphisch gemeldet: Das Reichsgericht verwarf die Revision des Redacteurs der „Volkstimme“ in Frankfurt a. M., Dr. Quard, der am 13. November v. J. vom dortigen Landgericht wegen Verleumdung des ostasiatischen Expeditionscorps, begangen durch Veröffentlichung eines sogenannten „Gummibriefes“, zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt worden war.

Ueber die unsterbliche Gefangenhaltung des italienischen Murers Fratelli, über die wir gestern berichteten, bringt auch die „N. Westf. Ztg.“ eine Notiz. Nach derselben sei Fratelli als „Anarchist“ verhaftet worden. Die Verhaftung hänge sogar mit der Ermordung der Kaiserin Elisabeth von Oesterreich zusammen. Fratelli habe sich zur Zeit der Ermordung der Kaiserin Elisabeth in der Schweiz befunden, von wo er mit anderen Italienern ausgewiesen wurde.

Wir können dieser Eute gegenüber nur nochmals hervorheben, daß Fratelli unsern Gewährsmann als Socialist belohnt ist, der sich anarchistischen Ideen gegenüber stets ablehnend verhalten hat, geschweige daß er irgendwie in die traurige Ermordungskassette der Kaiserin Elisabeth verwickelt sein könnte. Aber selbst diese abenteuerliche Motivierung der Verhaftung Fratellis erklärt noch keineswegs den unbegreiflichen Anfall, daß Fratelli bereits über einen Monat in Haft gehalten worden ist, ohne seinen Briefe — der doch die Genur der Gefängnisverwaltung passiert hat — zufolge auch nur einmal einem Verhör unterworfen zu sein! Wir können unske Forderung, daß die Sache offiziell so schnell als möglich aufzuklären sei, nur nochmals mit allem Nachdruck wiederholen.

Karlsruhe. (Privat-Telegramm.) 10. April. Die Kommerzahn heute den Staatsvertrag mit der heilsich-preussischen Main-Neckarbahn-Gemeinschaft an. Dagegen stimmten die Demokraten und Socialdemokraten.

Zur Lage der Eisenbahn-Beamten.

Die Beratung des Eisenbahn-Etats im Abgeordnetenhaus hat eine Reihe von Eisenbahn-Beamten bevoogen, sich an uns mit der Bitte zu wenden, ihre Lage vor der breiten Öffentlichkeit klar zu legen, da die unter dem Dreiklassen-System gewählten „Volkvertreter“ ihre wiederholten Gesuche um Besserstellung bisher unbedürftig gelassen haben. Ob der Wahrheit der uns zugegangenen Mitteilungen hegen wir um so weniger Zweifel, als diese Nachrichten durch die Schilderungen eines durchaus loyalen Blattes, der „Wochenchrift für Eisenbahn-Telegraphen-Beamte“, in jeder Hinsicht bestätigt werden.

Es handelt sich in erster Linie um die Eisenbahn-Telegraphisten, einer Beamtenkategorie, die zu den unteren Beamtenklassen gehört, aber seit Jahren darauf hingearbeitet hat, in die Klasse der mittleren Beamten eingereiht zu werden. Im vorigen Jahre ist die Verwaltung endlich zu einer Umwälzung der Eisenbahn-Telegraphie geschritten, sie hat 272 Stellen für Telegraphen-Assistenten geschaffen und diese durch Telegraphisten besetzt; hierbei aber nicht die dienstältesten Beamten, sondern in der Hauptsache Militärunteroffiziere, die erst wenige Jahre im Eisenbahndienst tätig waren, berücksichtigt worden. Die genannte Wochenchrift hebt dem auch hervor, daß die Ernennung der 272 Telegraphisten zu Assistenten bei den Ungleichheiten, die in der Beförderung zu Tage getreten sind, nur Unzufriedenheit und Enttäuschung hervorgerufen hat, zumal da die Telegraphisten in den einzelnen Direktionsbezirken ganz ungleichmäßig behandelt wurden und bei der Verteilung der Stellen das Dienstalter ganz außer Betracht blieb. Alte, im Dienst ergrante Beamte sahen sich plötzlich zurückgesetzt gegen solche, die kaum geboren waren, als diese schon ihren Dienst versahen.

Traurig und beklagenswert ist auch die Stellung der heute noch vorhandenen Telegraphendiatäre und Hilfs telegraphisten, die so gut wie keine Aussicht haben, daß sie jemals in eine bessere Stellung aufrücken, und deren Befoldung eine ganz minimale ist. Zwar hoffen sie noch immer, daß Landtag und Regierung sich ihrer annehmen und ihre Wünsche erfüllen werden, damit „frischer und zufriedener froher Sinn auch bei ihnen Einkehr halten kann“, aber die einschlägigen unter ihnen sind längst von dem Wahn gefreit, daß das Dreiklassen-Parlament für sie etwas übrig hat. Von Tag zu Tag mehren sich die Zahl der Beamten, die in der richtigen Erkenntnis, daß nur im Socialismus ihr Heil liegt, mit uns sympathisieren und uns ihre Wünsche und Beschwerden vortragen. Hoffen wir, daß es nicht mehr allzu lange dauern wird, bis die Arbeiterkassette ihre Vertreter in den Landtag entsendet, damit sie sich auch von der Tribüne dieses Parlamentes herab mit denselben Wärme wie von der des Reichstages aller Unterdrückten annehmen können, mögen sie nun von Privaten oder vom Staat ausgebeutet werden.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Lärmereien im Abgeordnetenhaus. Anlässlich einer jugendlichen Resolution, die die Errichtung einer Staatsgewerbeschule in Budweis beantragte, kam es, als der Präsident es ablehnte, über einen Zufallstrag Voreuther, vor Gewerbeschule das Wort „deutsche“ einzuschalten, eine getrennte Abstimmung vornehmen zu lassen, zu großen Lärmereien der Alldeutschen. Die Scene dauerte etwa 10 Minuten. Da hierauf der Präsident unter anhaltendem obenbeschriebenem Lärm über die nicht strittigen Resolutionen abstimmen ließ, protestierten nicht nur die Alldeutschen, sondern auch die Deutschfortschrittler und die deutsche Volkspartei durch Zurufe gegen dieses Vorgehen. Einige Alldeutsche sprangen auf die Präsidententribüne. Der Abg. Pro ergriff die Präsidententribüne und schlug ununterbrochen auf den Präsidententisch. Glücklich entging ihm die Glode und fiel, dicht am Kopfe des Präsidenten vorbeischießend, zu Boden. Der Lärm dauerte fort. Einzelne Parteiführer begaben sich zum Präsidenten und besprachen sich mit demselben. Auch innerhalb der einzelnen Gruppen wurde die Lage lebhaft besprochen. Da der Lärm fortbauerte, verließ der Präsident den Saal, nachdem er erklärt hatte, daß die Sitzung auf eine halbe Stunde unterbrochen sei.

Schweiz.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Italien.
Wir teilen kürzlich mit, daß der italienische Gesandte in Bern, Silvestrelli, sich unerwartete Angriffe gegen die Schweiz erlaubt hatte, weil die Bundesregierung die seitlame Zumutung, ein in Genf erscheinendes Anarchistenblatt deshalb zu verbieten, weil es den toten König Humbert beleidigt habe, unter Berufung auf die einen solchen Akt nicht zulassende Rechtslage abgelehnt hatte. Der Bundesrat hatte auf die Anpödelungen des Gesandten damit geantwortet, daß er die italienische Regierung ersuchte, den taktlosen Diplomaten abzuberufen. Die italienische Regierung weigerte sich jedoch. Was nun weiter geschah, geht aus folgender Mitteilung des Bundesrats vom 10. April an die Bundesversammlung hervor:

Wir beehren uns, Ihnen mitzuteilen, daß bedauerliche Unbilligkeiten, welche zwischen uns und dem hiesigen italienischen Gesandten Kommandeur Silvestrelli entstanden sind, uns veranlaßt haben, von der italienischen Regierung zu verlangen, daß sie im Interesse der zwischen beiden Staaten bestehenden guten Beziehungen ihren bei der schweizerischen Eidgenossenschaft beurlaubten Vertreter abberufe. Die italienische Regierung lehnte unser Ansuchen ab und verlegte uns somit in die Notwendigkeit, unte offiziellen Beziehungen zu Herrn Kommandeur Silvestrelli abzuberehen. (Beifall.) Dies hatte unmittelbar zur Folge, daß die italienische Regierung unsern Gesandten in Rom Herrn Dr. Cassin gegenüber das Gleiche that. Dies die Sachlage, wovon wir nicht ermangeln wollten, Ihnen Kenntnis zu geben, indem wir uns im übrigen vorbehalten, Ihnen demnächst darüber unter Mitteilung der zwischen uns und dem italienischen Gesandten gewechselten Noten unständ-

lichen Bericht zu erstatten. Die Bundesversammlung nahm hieron formelle Kenntnis, in Gewärtigung der weiteren Berichte des Bundesrats.

Frankreich.

Die Wahl Clemenceaus.

Paris, 8. April. (Fig. Ver.) Clemenceaus Wahl in den Senat ist ein politisches Ereignis. Die glänzende parlamentarische Laufbahn des ehemaligen Führers der ebenfalls ehemaligen radikalen äußersten Linken wurde bekanntlich in den Kommunalwahlen 1893 jäh unterbrochen. Er unterlag im Wahlkreis von Draguignou (Var) einer Verleumdungskampagne, die an seine persönlichen Beziehungen zum Finanzmann der Panama-Affäre, Cornelius Herz, anknüpfte. Die Niederlage brach aber die Kampfnatur nicht. Seitdem hat er sich nicht nur einen hervorragenden Namen in der französischen Literatur gemacht, sondern sich auch als politischen Schriftsteller ersten Ranges offenbart. Seine mutige und einflussreiche Rolle in der Dreyfus-Affäre ist noch in frischem Gedächtnis. Als Mitarbeiter der „Aurore“ entfaltete er damals die besten Eigenschaften seiner im inneren Wesen eigenbrüderischen Natur. Nachdem er die „Aurore“ wegen nicht ganz ausgeglichener Differenzen verlassen, setzte er seine politische Engländer-Kritik, die seine Partei verschonte, in der ausschließlich von ihm selbst geschriebenen Wochenschrift „Le Bloc“ fort, deren regelmäßiges Erscheinen erst vor kurzem, mit dem Beginn seiner Senats-Wahlkampagne, unterbrochen wurde.

Die senatorischen Wähler desselben Var-Departements, wo er sich seine Niederlage von 1893 geholt hatte, geben ihm nun der parlamentarischen Tribüne zurück, nach der er sich lehnend zurückgelehnt. Den „Ministerstürzer“ der achtziger Jahre, den unverzählichen Kritiker der neunziger Jahre kann man sich überhaupt nicht recht im Schachergetriebe der bürgerlichen parlamentarischen Gruppen vorstellen, und am wenigsten im Sen., wo jede kräftige Stimme wie in einem laulichen Raum verhallt. Was einst Clemenceaus Partei war, ist jetzt nur noch ein loses Wiederwahl-Konjunktium, das von verschiedenen Phrasen lebt und jede grundsätzliche Politik gründlich verkennt hat. Ein radikales Blatt weist richtig dem neuen Senator eine Stellung „außerhalb und gewissermaßen über den Partei-Kombinationen“ an.

Nebst dem wurde Clemenceaus als „socialistischer Radikaler“ gewählt, und auch sein Wahlprogramm ist demgemäß gehalten. Er kennt nur zwei republikanische Parteien: die eine habe zur Parole: „Gefahr links“, die Parole der anderen, der seinen, sei: „Gefahr rechts“. Und diese letztere Gefahr konzentriert sich für Clemenceaus in der „römischen Herrschaft“, im Alexikalismus, der sich heute unter der nationalpolitischen Maske versteckt. An Reformen, die in der nächsten Legislatur zu verwirklichen wären, zählt das Wahlprogramm auf: Progressive Einkommensteuer, Lösung des religiösen Problems durch die Abschaffung aller Privilegien und die Garantierung aller Freiheiten (?), endlich Alterspensionen für Arbeiter. Das ist alles. Der Senatstandort ist viel geringfügiger als der freie Schriftsteller.

Der Appellhof hat gestern die Verurteilung der drei russischen Studenten, Klimoff, Kazajew und Gabunia, zu drei Monaten Gefängnis bestätigt. Necht mehreren französischen Arbeitern haben die Verurteilten die Brutalitäten der Pariser Polizei während des Demonstrationsversuches der Arbeiter am 2. März zu büßen. Die Anklage lautete auf „Rebellion und Verleumdung“ wider die Polizei. Die Wahrheit aber ist, daß die drei Russen als Zuschauer versucht haben, einige von der Polizei mißhandelte Manifestanten zu verteidigen. Sie wurden dann selbst an Ort und Stelle, und besonders im Polizeirevier grausam mißhandelt. Die sozialistische Mißhandlung von Verhafteten ist ja übrigens hier eine Staatseinrichtung, der technische Ausdruck dafür heißt „passage à tabac“ (etwa „Tabak-Zerreibung“). Die Richter haben natürlich genaue Kenntnis von der „Verleumdung“ mißliebiger Verhafteter, ebenso wie die Minister und Volksvertreter. Desgleichen wissen sie, wie die Polizei mit Manifestanten umspringt, sobald sie von der Regierung losgelassen ist. Aber die Polizei muß immer recht behalten. Polizeipräsident Lepine will seine Polizeikreaturen auch noch durch die Richter „geschützt“ wissen, und die Regierung will dasselbe.

Das Appellgericht hat sich ebenso grob-parteilich gezeigt, wie das Polizeigericht. Die Entlassungszeugen wurden nicht verhört, da, wie der Vorsitzende meinte, auch die Belastungszeugen, die Polizisten, nicht verhört würden. Wozu auch das Zeugenerhör? Das Urteil stand ja von vornherein fest.

Außer der gerichtlichen Strafe werden die drei Russen noch die bereits beschlossene Ausweisung aus Frankreich zu erleiden haben. Die russische Botschaft kann mit dem Ministerium Waldeck-Roussier zufrieden sein.

Belgien.

Die „Erfolge“ des Alexikalischen Regiments werden in einer Broschüre Mahlenberg, die soeben in Brüssel erschienen ist, gezeigt. Danach sind unter dem jetzigen Regime 2243 Volksschulen und 14 Normalhörschulen geschlossen worden; zur Entlassung gelangten 1500 Lehrer. Die Zahl der belgischen Gemeinden, wo nicht einmal mehr eine Gemeindegemeinschaft existiert, beträgt 275. Auf eine Million kommen 290 000 Kinder im schulpflichtigen Alter, die keinerlei ernsthaften Unterricht erhalten.

England.

London, 10. April. Das „Reutersche Bureau“ meldet: Es hat sich herausgestellt, daß die Meldung über das Verbot der Lösung kollfreier Waren auf irrtümlicher Auffassung einer belanglosen Kolonialverordnung beruhte; von der Regierung sind bisher in dieser Richtung keine Schritte getan worden.

Norwegen.

Ein Ministerwechsel steht nahe bevor. Der Ministerpräsident Steen hat erklärt, daß er noch vor Schluß der gegenwärtigen Legislaturperiode sein Amt niederlegen wolle. Als sein Nachfolger wird der Staatsminister Blech genannt, der zur Zeit Chef der norwegischen Staatsabteilung zu Stockholm ist.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

15. Sitzung vom Donnerstag, den 10. April 1902, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Dr. Langerhaus eröffnet die Sitzung gegen 5 1/2 Uhr.

Die Ausschüsse für den Antrag Augustin betr. die obligatorische Fortbildungsschule und für die neuen Schul- bzw. Waisenhauskinder sind gewählt und zusammengetreten; dem erstgenannten Ausschusse gehören auch die Stadtv. Singer, Bruns und Zubeil an.

Die Vorlage betreffend den Abschluß des Vertrages mit der Gemeinde Treptow wegen Aufnahme der Abwässer aus dem Gemeindegebiet Treptow in eines der Druckrohre der Kanalisation von Berlin beantragt

Stadtv. Reimann (Soc.) einen Ausschuss zu überweisen zu dessen Aufgabe es unter anderem gehören würde, sich Aufklärung über die schwebenden Eingemeindungs-Verhandlungen zu verschaffen, die auf die Gestaltung des Vertrages von Einfluß sein können.

Stadtv. Wallach (A. L.) widerspricht diesem Vorschlage. In Treptow sei eine Partei vorhanden, die dem Anschluß an die Berliner

Kanalisation widerstrebe. Treptow habe auch schon sich den eventuellen Anlauf eines eignen Rieselguts durch Schluffstein gesichert, der am 14. d. M. verfaßt. Also sei Eile geboten. Die Eingemeindungsverhandlungen würden nach dem Vertragsabschluß sich viel leichter abwickeln.

Stadtv. Rosenow (A. L.) ist für Ausschlußberatung. Man könne sich doch nicht binnen 4 Tagen freiz entscheiden.

Stadtv. Vorkmann (Soc.): Wenn wir auch zu zwei Dritteln Eigentümer des Treptower Grundbesitzes sind, ist unser Einfluß dort nur sehr gering, weil die Behandlung bewiesen hat, die Berlin 1896 von Treptow bei der Gewerbe-Ausstellung erhielt. Wenn wir derartige Vorlagen erhalten, muß uns auch über alle noch dunklen Punkte Aufklärung gegeben werden. Wir müssen möglichst viel Handhaben besitzen, um Einfluß auf die Vorlage zu gewinnen. Daß der Schluffstein nur noch 4 Tage läuft, kann doch für uns nicht entscheidend sein.

Stadtv. Hugo Sachs (A. L.): Die Vorlage ist ganz schlüssig und klar. Die Frage der Eingemeindung gehört gar nicht hierher.

Oberbürgermeister Krüger: Mit der letzteren Frage ist die Versammlung noch nicht befaßt worden, weil die Vorbereitungen dazu besser in der Stille erfolgen, um nicht die Agitation zu entfesseln. Diese Verhandlungen sind im Gange und werden hoffentlich bald zu einem guten Abschluß führen; die Opposition dürfte weniger von Teilen der Gemeinde, als von Kreis und Provinz zu erwarten sein. Der Vertrag ist zur Annahme zu empfehlen, gleichviel, ob die Eingemeindung erfolgt oder nicht. Das Interesse Berlin erfordert, daß Treptow die Kanalisation nicht in einer in Berlin nachteiligen Weise ausführt, indem es einer anderen Interessengemeinschaft beiträgt. Mit dem Vertragsabschluß wird die Eingemeindung erleichtert. Doch die Frist für Ihre Entschließung so kurz ist, ist auf Umstände zurückzuführen, auf die wir keinen Einfluß hatten.

Stadtv. Wallach: Gerade meine Verhandlungen in der Kanal-deputation haben die Sache so sehr verzögert.

Stadtv. Vorkmann: In der Deputation hat die Frage der Eingemeindung noch gar keine Rolle gespielt. Wir halten den Antrag auf Ausschlußberatung aufrecht.

Unter Ablehnung dieses Antrags gelangt die Vorlage zur Annahme.

Für die verstorbenen Stadtv. Kluth und Seibert wird in die resp. Ausschüsse, Deputationen und Kuratorien, denen jene angehört haben, Ertrag gewählt.

In der Angelegenheit betreffend die

Unfallversicherung des Treiberpersonals

am städtischen Vieh- und Schlachthof hat am 18. Februar eine noch-malige Ausschlußberatung stattgefunden. Mit 6 gegen 4 Stimmen ist trotz des Widerspruches der Magistratsvertreter der Antrag Augustin zur Annahme gelangt, den Magistrat zu eruchen, mit den Vieh-kommissionären zu vereinbaren, daß diejenigen Obertreiber und Treiber, die der reichsgesetzlichen Unfallversicherungspflicht nicht unterliegen, auf Kosten der Viehkommissionäre gegen die Folgen von Unfällen anderweit versichert werden.

Die Plenarverhandlung des Gegenstandes ist wiederholt ver-tragt worden.

Referent ist Stadtv. Reimann. Vom Stadtv. Dinsie ist bean-tragt, die Worte „auf Kosten der Viehkommissionäre“ zu streichen.

Stadtv. Eckard (A. L.): Die Viehkommissionäre haben be-stimmt erklärt, daß sie die Versicherung der Treiber nicht über-nehmen werden; sie haben keine rechtliche und keine moralische Ver-pflichtung dazu. Die Haftpflicht der Stadt Berlin kommt nicht in Frage, weil das Treiberpersonal in keinem Arbeitsverhältnis zur Stadt steht. Für schlechte Einrichtungen auf dem Viehof könnten wir allerdings haftpflichtig gemacht werden. Aus Billigkeitsrück-sichten wird die Verwaltung stets zu zahlen bereit sein; einen Zwang erkennt der Magistrat nicht an. Der Ausschuhantag hat daher keinen Zweck.

Stadtv. Dinsie (A. L.) hält die moralische Verpflichtung der Stadt, welche die Hallen und Einschlägen herbeie, in denen das Vieh gehalten wird, zur Herbeisicherung dieser Versicherung für ge-geben und verweist auf den vor drei Tagen eingetretenen Unfall eines Treibers, der von einem wild gewordenen Stier auf die Hörner genommen und schwer verletzt worden ist. Man möge den Ausschuh-antrag unter Streichung der erwähnten Worte annehmen.

Stadtv. Wallach bittet um Ablehnung des ganzen Antrages, da man die Kommissionäre zur Versicherung nicht zwingen könne und dem Magistrat doch nicht etwa zugemutet werden solle, sie darum zu bitten. Aus Gutmütigkeit die Kosten auf den Stadtfiskus zu übernehmen, geht doch nicht an.

Stadtv. Singer (Soc.): Es ist doch eigenfürlich, wenn man die Sorge für die Erfüllung einer der ersten Pflichten der Stadt als Gutmütigkeit bezeichnet. Die Gebühren für die Verlegung unseres Viehofes können ja doch so eingerichtet werden, daß die entstehenden Kosten daraus mit gedeckt werden. Wollen die Kommissionäre nicht gutwillig diese Pflicht übernehmen, so hat ihnen der Magistrat eben den Vorkauf höher zu hängen. Man hat früher behauptet, es lämen keine Unfälle vor; ganz apropos ist vor wenigen Tagen der Fall gekommen, der mit aller Deutlichkeit die Notwendigkeit der Versicherung darthut. Aus juristischer Unterdrückung lasse ich mich nicht ein; das eine steht fest, daß in einem von der Stadt geführten Betriebe die Möglichkeit von Unfällen vor-handen ist, und es ist ein nobile officium für die Stadt, die Ver-sicherung zu übernehmen. Auch kann das Reichs-Versicherungsamt einmal zu einer andren Ansicht gelangen. Nehmen wir den Ausschuhantag an, so wird der Magistrat die Verhandlungen führen und wir werden ja sehen, ob die Pessimisten oder die andren recht behalten.

Stadtv. v. Friedberg: Der erwähnte Unfall hat einen Ober-treiber betroffen, der sich nicht ganz an die bestehenden Bestimmungen gehalten hat. Ältere Bullen sollen von zwei Mann geführt werden, er hat ihn aber allein geführt. Der Mann hat eine größere Fleisch-wunde davongetragen, ist aber nicht tödlich verletzt. Der Ausschuh hat keinen Weg gefunden, der die Versicherung ermöglicht. Die Stadt selbst ist nicht Viehhalter im Sinne des Haftpflichtgesetzes oder des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Stadt wird selbstverständlich nach Prüfung des einzelnen Falles immer eintreten wie bisher. Wird der Antrag angenommen, so wird der Magistrat natürlich nicht ablehnen, nochmalige Verhandlungen zu eröffnen. Jedenfalls soll man aber nicht von vornherein ansprechen, daß die Stadt die Kosten trägt.

Stadtv. Stadthagen (Soc.): Bei dem letzten traurigen Unfall soll eine gewisse Mitschuld des Obertreibers vorliegen. Das mag sein, das liegt aber bei den allermeisten Unfällen so, da diejenigen, die täglich solcher Unfallsgefahr ins Auge sehen, gegen diese Gefahren abgestumpft werden. Mit den Obertreibern steht es nicht anders wie mit den Zwischenweistern. Mauder Ober-treiber gewinnt 10 000 M. und darüber, mancher aber kaum 1500 M. jährlich. Die letzteren können sich gar nicht selbst versichern. In dem Antrage wird ja nun gar nicht verlangt, daß die Stadt die ganzen Kosten trägt, sondern nur in Konsequenz des Grundgesetzes, welcher 1897 wegen der Versicherung der in den städtischen Betrieben Beschäftigten aufgestellt wurde, die Einrichtung einer solchen Ver-sicherung gefordert. Es wird sich später event. fragen, ob nicht die Klinte der Gesetzgebung in die Hand genommen werden muß, um diese Kategorie versicherungsfähig zu machen. Daß den Kom-missionären die moralische Pflicht der Fürsorge obliegt, ist zweifellos, und daß sie potent dazu sind, werden die Gegner des Antrags wohl auch nicht bestreiten. Lassen Sie sich von dem Grund-satz von 1897 nicht abdrängen durch die Viehkommissionäre und deren Interessenten. Gerade der letzte Unfall, wo der arme Treiber von dem Stadtbullen aufgeschwiegt wurde, sollte Sie doch bereit-williger finden. Der Antrag ist ja so zahn und liebenswürdig wie möglich.

Stadtv. Eckard: Erhöhen wie den Kommissionären die Comptoirmieten, so werden sie sich solche anderswo beschaffen; würden wir ihnen die Marktfreiheit nehmen, so würden wir mit solchen despotischen Maßregeln erst recht nichts erreichen.

Der Antrag Dinsie wird abgelehnt, desgleichen nach wieder-holter Abstimung auch der Ausschuhantag selbst mit winziger Mehrheit.

Die Wahl des dritten Beisizers, für welchen Posten Stadtv. Singer den Stadtv. Vorkmann vorschlägt, während von anderer Seite Stadtv. Friederici vorgeschlagen wird, soll in der nächsten Sitzung vorgenommen werden.

Das

Oriensstatut betr. die Anstellung der Kommunalbeamten ist seiner Zeit, nämlich am 21. August 1900, vom Oberpräsidenten, der die Befähigung abgelehnt hatte, an den Magistrat zurück-gelangen. Auch der angesehene Minister des Innern verlegte am 25. März 1901 die Genehmigung, und erst nach einjährigen kommissarischen Verhandlungen ist ein neuer Entwurf zu stunde gekommen, den der Oberpräsident zu befähigen geneigt ist. Von untergeordneten Punkten abgesehen, hat die Auf-sichtsbehörde den § 4, die auf Kündigung angestellten Gemeinde-beamten betreffend, beanstandet. § 4 lautet:

Die auf Kündigung angestellten Gemeindebeamten haben, so-fern ihnen nach 10jähriger ununterbrochener Dienstzeit gekündigt ist, auch wenn sie nicht dienstunfähig sind, Anspruch auf Pension und Rentenverjorgung.

In denjenigen Fällen jedoch, in denen nach dem Ermessen des Magistrats der Beamte durch sein Verhalten die Kündigung ver-schuldet hat, kann durch Beschluß des Magistrats die Gewährung der Pension ganz oder teilweise verweigert werden.

Da die Aufsichtsbehörde mit Entschiedenheit erklärt hat, eine Bestimmung im Oriensstatut nicht dulden zu können, welche dem freien Ermessen des Magistrats bez. der Gemeindebehörden so weiten Spielraum lasse, hat der Magistrat sich für die Streichung des des § 4 entschieden, der aber als Gemeindebeschuß, der einer Bestätigung nicht bedarf, aufrecht erhalten bleiben soll.

Die Vorlage wird angenommen.

Zur

Erweiterung des Schlachthofes

und zur Anlegung einer Fleisch-Engros-Markthalle sind bekanntlich für über 4 1/2 Millionen Mark Grundstücke zwischen Landsberger Allee und Beroloren Weg südlich der Ring-bahn angelaut worden. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß auch der übrige Engrosmarkt, insbesondere für Obst und Ge-müse, von der Central-Markthalle hinausverlegt werden muß, wenn letztere in gleicher Weise wie bisher benutzbar bleiben soll. Der Magistrat schlägt nun vor, für diesen Zweck das den v. Gohler'schen Erben gehörige, südlich den bereits angelauten Terrains sich anschließende, zwischen Berolorenweg (Aniprobestraße) und Thorerstraße gelegene Gelände von 97 057 Quadratmeter für den Preis von 2 190 281,60 M. zu erwerben.

Nach kurzer, merckwürdiger Debatte wird die Vorlage an-genommen.

Der am 1. August 1901 verstorbenen Rentier Joseph Herzfeld hat einen Betrag von 200 000 M. letztwillig zur Verwendung für wohltätige Zwecke bestimmt. Nach Absicht der Herzfeld'schen Erben soll daraus eine Joseph Herzfeld-Stiftung errichtet werden, aus deren Zinsen Unterstüßungen an verachtete Arme ohne Unterschied des Glaubens zu zahlen sind. Die Verwaltung der Stiftung soll ein Vorstand führen, der immer aus vier Abkömmlingen des Joseph Herzfeld zusammengesetzt sein soll. Die Stadt Berlin soll an der Verwaltung durch Verwahrung des Stiftungsvermögens und Aus-fertigung der Legitimationen für den Vorstand beteiligt sein und dafür vorwiegend 5 Proz. der Zinsen zur Verwendung für verachtete Arme beziehen.

Stadtv. Liebenow (A. L.) verlangt Ausschlußberatung, da er die eigenfälligen Bedingungen und den Ausschuß der Stadt von der eigenfälligen Verwaltung der Stiftung beanstandet. Auch

Stadtv. Singerpricht seine Verwendung darüber aus, daß ein Mitbürger, der hochherzig genug war, eine so bedeutende Stiftung zu machen, ganz überleben hat, daß es eine Pflicht des Anstandes war, der Stadt Berlin auch auf die Verwaltung der Stiftung den ihr gebührenden Einfluß einzuräumen. Die Stadt Berlin könne doch nicht bloß als Vermieterin von sales (Geldschränken) angesehen werden.

Die betreffende Vorlage geht an einen Ausschuh. Der Vertrag zwischen der Stadtgemeinde Berlin und der Guts-herzfeld für den Gutsbezirk Plogensee über Ausdehnung des Gasrohrnetzes der Berliner städtischen Gaswerke auf den Gutsbezirk Plogensee wird genehmigt.

Schluß 8 Uhr.

Der in der gestrigen Abendpresse erwähnte Brief des Stadtrat Kaufmann an den Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Langerhaus wurde in geheimer Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung zur Kenntnis gebracht.

Beschlüsse wurden an diese Mitteilung nicht geknüpft.

Gewerkschaftliches.

An die Hiesigen Deutschlands! Kollegen! Der Vor-stand des Hiesigen Gewerkschaftsvereins in Berlin richtet an Euch die Aufforderung zur Teilnahme an einem Kongress, der im Mai statt-finden soll. Unsere Arbeitgeber halten in der gegenwärtigen Krise den Zeitpunkt für gekommen, um die mühsam erzwungenen Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Dies zu verhindern, muß Aufgabe einer Vereinigung der Arbeiter sein. Auf Anregung aus mehreren Städten empfehlen wir deshalb die Gründung einer Organisation über ganz Deutschland. Folgen wir dem Vorgehen der Unternehmer, die nicht nur über ganz Deutschland, sondern auch international vereinigt sind. Wir bitten um unsere Kollegen, ihre zustimmenden Erklärungen sowie Vorschläge für den Ort der Tagung an Karl Babersche, Berlin, Kiehlstr. 20, zu richten.

J. W.: Franz Wegener.

Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Berlin und Umgebung.

Arbeitsvermittlung unter polizeilicher Bewachung. Be-famlich befinden sich die organisierten Holzarbeiter gegenwärtig in der Abwehr gegen das Kontroll- und Wachregulierungs-Bureau, welches die Holzindustriellen durch ihren Arbeitsnachweis in der Alexander-strasse eingerichtet haben. Die Abwehr wird natürlich mit durchaus lokalen und erlaubten Mitteln betrieben. Sie wird in der Weise ausgeübt, daß Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes das Lokal des Arbeitsnachweises unaufrichtig und in einer Art, die niemand stört, beobachten, und die Besucher des Nachweises, so-wweit es möglich ist, über die wahre Natur dieser Institution unterrichten. Kein Mensch wird hierbei auch nur im mindesten be-lästigt. Den Unternehmern ist das durchaus ratsame Vorgehen des Holzarbeiter-Verbandes natürlich unbekannt, weil ihre Absicht, die Arbeiter nach Art der Kühnemänner zu kontrollieren und zu mah-regeln, dadurch vereitelt wird. Sie haben deshalb die Polizei zur Hilfe gegen die Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes aufgerufen. Die Polizei hat sich denn auch den Holzindustriellen bereitwillig zur Verfügung gestellt, und so kann man jeden Tag sehen, daß der Eingang zum Arbeitsnachweis von einigen uniformierten Schutzeinheiten bewacht wird, die noch von etwa einem Duzend Beamten in Civil unterstützt werden. Die Tätigkeit der Polizeibeamten besteht darin, zu verhindern, daß die Besucher des Arbeitsnachweises angesprochen werden, was man wohl polizeirechtlich als „Verhinderung“ betrachtet. Die Fürsorge der Behörde geht so weit, daß vor einigen Tagen ein Polizei-Offizier persönlich in das Lokal des Arbeitsnachweises trat und den dort weilenden Arbeitssuchenden mitteilte, daß sie unter polizei-lichem Schutze ständen, sie sollten nur den Beamten, die stets in an-reichender Zahl zur Verfügung ständen, jede Verhinderung anzeigen. Einer der Schutzeinheiten, welche den Bewachungsdienst auf der Straße versehen, verfiel sich in seinem Eifer sogar soweit, daß er Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes den Verkehr in der Alexanderstraße auf solchen Tage untersagte. Woher der Beamte das Recht zu einem solchen Verbot nimmt, ist uns rätselhaft. Ebenso un-berrechtigt erscheint es, daß kürzlich ein Arbeiter, der in der Nähe des Arbeitsnachweises Einladungen zu einer Holzarbeiter-Versammlung verteilte, von den Schutzeinheiten aus der

Arbeitsnachweise weggenommen wurde, obwohl er einen polizeilichen Erlaubnisschein zur Verteilung besitzt. Den Besuchern des Arbeitsnachweises läßt die Polizei eine wirklich recht weitgehende Fürsorge zu teil werden. Sobald ein Arbeiter das Arbeitsnachweiskartei verläßt, folgt ihm auf dem Fuße einer der zahlreich in der Nähe befindlichen Beamten in Civil und achtet sorgsam darauf, daß der betreffende von niemand „belästigt“, d. h. angesprochen wird. So wandert der glückliche Besitzer eines Zimmungs-Arbeitsnachweises oft eine weite Strecke unter polizeilichem Schutz dahin. Aber trotz dieser ausgedehnten Fürsorge der Polizei funktioniert der Ueberwachungsdienst, den der Holzarbeiterverband eingerichtet hat, ganz vorzüglich, und der beabsichtigte Zweck wird vollkommen erreicht. Das Mißtrauen und der Widerwille der Arbeiter gegen diese neue Institution der Zimmungs-Jumung ist so stark, daß auch die liebevollste Fürsorge der Polizei dem Arbeitsnachweis nicht auf die Beine helfen wird. Im Gegenteil: die anständigen Arbeiter werden nicht dahin gehen, wo sie außer der Kontrolle durch die Unternehmer auch noch der Polizei-Aufsicht überantwortet sind. Die Leute aber, welche daran keinen Anstoß nehmen, sind der Zimmungs-Jumung zu gönnen.

Die Verlegung des Stellenwechsels im Berliner Schlächtergewerbe beschäftigt noch immer Meister- und Gesellenkorporationen. Ueber die Verlegung vom Sonntag auf einen Wochentag ist man sich zwar allseitig einig, in der Wahl des Tages gehen aber die Meinungen auseinander, außerdem will ja die Jumung die tägliche Auflösung des Arbeitsverhältnisses zur Durchführung bringen. Die Gesellen wehren sich natürlich hiergegen mit aller Kraft. Von der Jumung wird die Sache allerdings in die Länge gezogen, die „Freie Vereinigung selbständiger Fleischermeister Berlins und der Umgegend“, als der zweitgrößte Meisterverband Berlins, hat hingegen beschlossen, ebenso wie die Gesellen, am achtägigen Arbeitsverhältnis festzuhalten und den Sündigungsstag auf einen für die Gesamtheit gemeinsamen Wochentag zu verlegen. Vorge schlagen wurde der Montag. Ein abgesehen bindender Beschluß wurde jedoch nicht gefaßt, da nach Meinung dieser Meisterversammlung die Jumung sowohl wie die freie Vereinigung dieser Angelegenheit nochmals näher treten muß. Hoffentlich kommt die Verlegung des Stellenwechsels nun bald zum Abschluß.

Der Verein der Mineralwasser-Arbeiter beschloß in seiner Generalversammlung, sich dem Centralverband der Handels- und Transportarbeiter am 1. Mai anzuschließen. Die Umkehrung der Wäcker erfolgt in der Generalversammlung am 22. April, die bei Patt, Drogomertstr. 15, stattfindet.

In dem Bericht über die Konferenz der Vertreter der Organisationen der Nahrungs- und Genussmittel-Branche ist noch nachzutragen, daß neben den angeführten Organisationen auch ein Vertreter des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen anwesend war.

Deutsches Reich.

Der Konflikt in Kiel verschärft sich trotz des entgegenkommenden Verhaltens der Arbeiterschaft durch den Starrsinn der Bauunternehmer, die sich bereits die Sympathie der gesamten Bevölkerung verschert haben, immer mehr. Unser Kieler Korrespondent telegraphiert uns: Die Jumung „Vauhütte“ beschloß, vor dem vom Gesellenauschuß angeregten Schiedsgerichte nicht zu erscheinen. Um den Ausgesperrten jede Möglichkeit abzuschnelden, anderwärts Arbeit zu erhalten, versendet die Jumung nach auswärts schwarze Listen. Diese schwarzen Listen sind in 10 000 Exemplaren hergestellt und so umfangreich, daß sie förmliche Broschüren darstellen; die Listen umfassen 28 Seiten Groß-Obst. Einleitend wird in denselben die bewusste Unwahrheit verbreitet, die Gesellen hätten den Generalstreik proklamiert, während dieselben doch bekanntlich von den Unternehmern ausgesperrt wurden! Um einen Druck auf die anständigen Unternehmer auszuüben, welche sich an der skandalösen Aussperrung nicht beteiligen, hat die Jumung beschlossen, die Materialhändler zu boykottieren, welche nach den Wäcken liefern, auf denen noch gearbeitet wird. Nach diesem rigorosen Vorgehen der Unternehmer scheint eine Antwort der Arbeiter durch den Streik unvermeidlich.

Dem Gewerkschaftskartell in Erfurt gehören noch dem Jahresbericht desselben für 1901 21 Gewerkschaften an, die durch 58 Delegierte vertreten wurden. Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften betrug Anfang des Jahres 1902 2175, sie ist gegen das Vorjahr um 20 gefallen. Der Rassenbericht weist 1029,15 M. in Einnahmen und 729,66 M. in Ausgaben auf. Von wichtigeren Arbeiten des Kartells sei der Förderung der Errichtung eines Arbeiter-Sekretariats resp. einer zentralen Auskunftsstelle Erwähnung gethan. Ein vom Vorstande ausgearbeiteter Entwurf, der mit ca. 1000—1200 M. pro Jahr blaugierte, fand jedoch nach einer Reihe eingehender Besprechungen nicht die nötige Unterstützung. Auf Anfordern der Generalkommission der Gewerkschaften wurden seitens des Kartellvorstandes die Wahlen der Arbeitervertreter zum Reichs-Vericherungsamt, für den Bezirk der Landes-Versicherungsausschüsse Erfurt, Merseburg und Dessau vorbereitet. Die Wahlen selbst ergaben den Sieg der Liste der Generalkommission. Die vom Gewerkschaftskartell finanzierte Bauarbeiter-Schutz-Kommission konnte unter anderem folgendes für unsre Behörden charakteristische Vorommunis konstatieren: Bei der Ausführung von Anstreicharbeiten am Dienstgebäude der königlichen Regierung (!) werden diese allen Vorschriften zuwider an dem dreistöckigen Gebäude von Anlegelern aus durchgeführt. — Im Kartell ist auch eine dreigliedrige Kommission der Gewerbegehilfts-Beisitzer vertreten; außerdem nahm an den Versammlungen der von den Gesellenauschüssen gewählte Gesellenauschuß der Handwerkskammer teil.

Die Breslauer Stuccatore haben auf ein bössliches Schreiben an die Meister keine Antwort erhalten. Sie beschloßen ein Mahnschreiben abzuschicken und, wenn auch dieses unbeantwortet bleibt, die Entscheidung über den Ausstand zu treffen.

Zum Gewerkschaftskongreß in Stuttgart nahm dieser Tage auch das Gewerkschaftskartell in Liegnitz Stellung. Das Kartell wählte eine Kommission, welche einen Antrag an den Kongreß ausarbeiten soll, fernerhin auch Vertreter der Kartelle auf den Gewerkschaftskongressen zuzulassen. Die Kommission soll auch die Tagesordnung des Kongresses sichten und eventuell Anträge dazu formulieren. Das Kartell betrachtet es als einen veralteten Standpunkt, die Kartelle auf dem Kongreß auszufüllen, da sie im Grunde genommen doch die eigentliche Zwischeninstanz der Gewerkschaftsbewegung seien. Immer größer werde das Arbeitsfeld der Kartelle, der Gewerkschaftskongreß kritisiere ihre Tätigkeit, lasse aber keine Vertreter der Kartelle zu.

Ueber die Pläne der süddeutschen Schneidermeister konnte in einer Schneiderversammlung zu Frankfurt a. M. Genosse Pirus nähere Mitteilungen machen. Danach ist auf der Konferenz in München beschlossen worden, am 15. Juli eine allgemeine Aussperrung der Gesellen vorzunehmen. Die Hinausschiebung des Termins auf einen späteren Zeitpunkt ist offenbar erfolgt, um inzwischen auch die norddeutschen Schneidermeister für die Pläne der Münchener Scharfmacher zu gewinnen.

Die Maurer von Quedlinburg fordern eine Erhöhung des Stundenlohnes von 30 auf 35 Pfennig. Die Unternehmer antworteten ihnen, sie wollten den Lohn auf 32 Pfennig erhöhen vom 1. April — 1903 an! — Es wird vermutlich zum Ausstand kommen.

Der Steinmetzstreik in Braunschweig ist beendet.

Rußland.

Die Weberaussperrung in Eschwege. Das Organisationskomitee hat ein Manifest verbreitet, worin die Ausständigen gewarnt werden, sich an irgendwelchen Ausschreitungen oder Aufrührungen

zu beteiligen. Die Polizei in Eschwege wurde um 32 Mann, darunter 20 Reittiere, verstärkt.

Ein Streik der Kettenhämmer ist in dem königl. niederländischen Großschmiedewerk zu Leiden ausgebrochen. Ursache des Streiks ist Lohnreduktion. Das Werk ist in Niederland das einzige, wo Schiffsteile hergestellt werden.

Etwa 2500 Grubenarbeiter aus dem „Bassin du Centre“, namentlich in La Louvière, Coussu und Maroige in Belgien sind gegenwärtig im Ausstand.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Dienstag im Berliner Prater, Kasanien-Allee, eine Versammlung ab, in der Stadtd. Bruns einen Vortrag über: Das Berliner Schulwesen hielt. — Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangte der überwachende Beamte die Entfernung der Frauen sowohl aus dem Saal, als auch aus dem vor dem Saal gelegenen Restaurationstraum. In letzterer Beziehung konnte dem Verlangen nicht nachgegeben werden, da der Vorsitzende über diesen Raum kein Verfügungsrecht hatte. — Auf Antrag aus der Versammlung wurde sodann beschlossen, den Punkt: Bericht über die Einigungsverhandlungen mit den Genossen der Schönhauser Vorstadt in die Tagesordnung aufzunehmen. — Darauf konnte Genosse Bruns mit seinem Vortrage beginnen. — An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion, worin u. a. auch darauf aufmerksam gemacht wurde, daß den Kindern der Gemeindefamilien die Verdrüßlichkeit auf Verlangen unentgeltlich geliefert werden, ohne daß Lehrschrift werden darf, ob ein dringendes Bedürfnis hierfür vorliegt. — Den Bericht von der Einigungs-Kommission erstattete Freythal und erklärte, nachdem er eine kurze Uebersicht über den bisherigen Verlauf der Angelegenheit gegeben hatte, daß man dem Vorschlage Pfanluchs, der Parteivorstand solle die Funktionen für die Organisation im 6. Kreis bestimmen, nicht hätte zustimmen können. Damit seien die Einigungsverhandlungen erledigt. Nun müsse man danach trachten, die Beschlüsse der Kontrollkommission zur Geltung zu bringen. In gleichem Sinne äußerte sich Krendsee. Nachdem dann noch ein Genosse der Schönhauser Vorstadt hierzu gesprochen hatte, entspann sich eine kurze Diskussion, in der jedoch neue Gesichtspunkte nicht hervorgehoben wurden.

Der Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Schönhauser Vorstadt) hielt am 8. d. M. in Puhlmanns Landestheater eine sehr stark besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung ab, die sich mit dem Bericht der Einigungs-Kommission über die Sitzung vom 4. d. M. beschäftigte. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des verdorbenen Genossen Baute, dessen Andenken in der üblichen Weise geehrt wurde. In seinem Bericht über die Einigungsverhandlungen erklärte der Referent Vorkmann, daß es nicht möglich gewesen sei, eine ersprießliche Tätigkeit in der Kommission zu entfalten, da die andre Seite sich durch ihren Generalversammlungs-Beschluß gebunden hatte und dadurch irgend welche wirklichen Konzeptionen an die Minorität unmöglich wurden. Nun ist an dem Einigungstage ausgesprochen worden, daß wir durch die Verweigerung unserer Resolution an die Zahlende die Sache hinschleppen und die Majorität an der Rose herumführen wollen. Wegen dieser Unterdrückung sei energisch zu protestieren. Des ferneren wurden wir in der Kommission von einem Genossen gefragt, ob wir uns dem dem Beschlusse des Parteitages fügen würden. Ich glaube im Namen der Genossen der Schönhauser Vorstadt erklären zu können, daß wir uns auf jeden Fall fügen werden, falls der Beschluß aus, wie er wolle. Da die Einigung resultatlos verlief, fragte Pfanluchs namens des Parteivorstandes, ob sich beide Teile damit einverstanden erklären würden, daß dem Parteivorstand bis zum Parteitag das Recht der Bestimmung über die Vertretung des 6. Kreises in den verschiedenen Kommissionen überlassen bleibe. Da dieser Vorschlag die Möglichkeit einer Beseitigung der gegenseitigen Veräufung bot, haben wir uns vorbehaltlich der Zustimmung unserer Genossen mit diesem Vorschlage einverstanden erklärt. Die Genossen der Majorität aber haben es strikte abgelehnt, sich von irgend einer Instanz, sei es, welche es sei, in die Angelegenheiten des Kreises hineinreden zu lassen. Namens der Kommission bittet Vorkmann, diesem Vorschlage des Parteivorstandes zuzustimmen. Die Diskussion, an der sich Thomas, Mars, Wünsch, Klinge und Kietly beteiligten, bewegte sich im zustimmenden Sinne. Mars ergänzte noch die Ausführungen Vorkmanns dahin, daß namentlich der Parteivorstand betreffs der Vertretung des 6. Kreises sich mit den Berliner Vertrauensleuten beraten werde. Folgender Antrag: Die Genossen der Schönhauser Vorstadt erklären sich mit dem Vorschlage des Parteivorstandes einverstanden, daß es ihm überlassen wird, die Personen zu bestimmen, welche bis zum nächsten Parteitag in den einzelnen Kommissionen zu amtieren haben. Die Genossen erachten es im weiteren für selbstverständlich, daß sie sich den Beschlüssen des Parteitages zu unterwerfen haben“ fundlegten eine Stimme Amohme. Mit einem kräftigen Hoch auf die vollerbefreunde Sozialdemokratie fand die Versammlung ihr Ende.

Zwei öffentliche Metallarbeiter-Versammlungen, die sehr gut besucht waren, wurden am Mittwoch abgehalten. Die eine tagte im Lokale „Königsbau“ in der Frankfurterstraße. Hier referierte Schefker. Er schilderte, wie die Unternehmer in der Metallindustrie, die sich stets als besonders arbeiterfeindlich erwiesen haben, die gegenwärtig schlechte Geschäftslage benutzten, um mit Lohnherabsetzungen und anderen Verdrängungen der Arbeiter vorzugehen. Neue raffinierte Systeme der Ausbeutung sind ausgetüßelt und eingeführt worden, um die Leistungsfähigkeit der Arbeiter auf das Äußerste anzuspannen und den höchsten Vorteil für den Unternehmer herauszuwickeln. Die verwerflichste dieser Ausbeutungsmethoden ist das sogenannte amerikanische Prämienystem, dessen Einführung den Streik bei der Firma Altmann veranlaßt hat. Mit allen erlaubten Mitteln müssen die Arbeiter die Einführung dieses so schädlichen Systems zu verhindern suchen. Vor allem gilt es jetzt, die streikenden Kollegen der Altmannschen Fabrik dadurch in ihrem gerechten Kampfe zu unterstützen, daß für Fernhaltung des Zuzuges gesorgt und dahin gewirkt wird, daß die Vermittlungen des Rühnemannschen Arbeitsnachweises, Streikbrecher für Altmann zu gewinnen, vereitelt werden. — Nach einer regen, dem Referenten zustimmenden Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

Die versammelten Metallarbeiter erklären, daß sie den Streik der Kollegen bei der Firma Altmann als durchaus berechtigt anerkennen. Sie fordern die Streitenden auf, den Kampf gegen das verwerfliche Prämienystem bis auf's Äußerste fortzuführen. Die Versammlung ist der Meinung, daß der Verband Berliner Metallindustrieller durch seine Handlungsweise in allerneuester Zeit gezeigt hat, daß er nach wie vor jede selbständige Bewegung der Arbeiter in brutal, rücksichtsloser Weise unterdrücken will, und daß der Verband eine friedliche Regelung vorkommender Differenzen nicht will. Deshalb fordern die Versammelten die Berliner Metallarbeiter auf, sich noch fester als bisher in der Organisation zusammenzuschließen und dadurch die Rühnemannier zur Anerkennung der berechtigten Forderungen der Arbeiter zu zwingen. Für den Kampf, der dann auf der ganzen Linie entbrennt, sind nicht wir, sondern die Unternehmer verantwortlich zu machen.

Die andre Versammlung tagte im Kolberger Salon. Der Antrag war so stark, daß der Saal die Besucher kaum zu fassen vermochte. Der Referent Wiesenthal, dessen Ausführungen mit stürmischem Beifall aufgenommen wurden, betonte unter anderem, der Streik bei Altmann müsse schon deshalb mit aller Energie durchgeführt werden, weil die Rühnemannier allem Anschein nach beabsichtigen, das verderbliche Prämienystem in allen Betrieben einzuführen. — In der Diskussion wurde mitgeteilt, daß die Werkmeister die arbeiterfeindlichen Bestrebungen der Unter-

nehmer nach Kräften unterstützen. Ein in der Wipstraße tagender Werkmeister-Verband stelle in seinen Sitzungen die Namen derjenigen Arbeiter fest, die auf die schwarze Liste gesetzt werden sollen. Als einer, der die Maschinenmeister der Rühnemannier ganz besonders unterstützt, wurde der Formmeister Friedrich genannt. — Zum Schluß nahm auch diese Versammlung die vorstehende Resolution einstimmig an.

Die gegenwärtig vorhandenen Mißstände auf den Bauten wurden in einer öffentlichen Maurer-Versammlung, die am Mittwoch bei Keller, Koppenstraße, tagte, eingehend diskutiert. Der Referent Fr. Kater und auch alle Diskussionsredner kritisierten insbesondere die jetzt üblich gewordene Arbeitsmethode und wiesen nach, daß die solide, qualitativ gute Arbeit, wie sie vor einigen Jahren mit Hilfe der Organisation eingeführt war, vollständig beseitigt ist. Auf den Bauten werde jetzt ein Quantum Arbeit verlangt und auch geleistet, das eine übermenschliche Anstrengung erfordert und zur Folge hat, daß nur die allerärmsten, für die Arbeiter und späteren Bewohner dieser Häuser geradezu lebensgefährliche Schundarbeit hergestellt wird. Diese skandalösen Zustände sind, wie die Redner ausführten, im wesentlichen durch die Recordmaurerrei verursacht, aber auch die allgemeine Krise habe die Arbeiter von einer kräftigen Abwehr abgehalten und in erster Linie liege die Schuld in dem Mangel an Solidaritätsgefühl, wie er seit einiger Zeit auf den Bauten Platz gegriffen hat. Nach einer längeren Diskussion in diesem Sinne wurde einstimmig folgende Resolution beschlossen:

Die heute am 9. April in Keller's Festsaal tagende öffentliche Versammlung der Maurer Berlins und der Vororte verpflichtet sich, mit aller Entschiedenheit dahin zu wirken, daß die auf einer großen Anzahl Bauten vorhandenen Mißstände wie schlechte Verbauungen und Aborte, das Fehlen jeglicher Schutzvorrichtungen, das brutale Vorgehen der Unternehmer und vor allen Dingen das unmenschliche Hasten bei der Arbeit beseitigt werden. — Um diese, aller Zivilisation hoch sprechenden Zustände zu beseitigen und menschenwürdige Zustände auf den Arbeitsplätzen einzuführen, erkennt die Versammlung ein planmäßiges, solidarisches Vorgehen sämtlicher Kollegen für dringend geboten an und beschließt deshalb:

1. Auf jedem Bau müssen Deputierte bestimmt werden, die in Gemeinschaft mit Familien auf dem Bau beschäftigten Kollegen in den Verbänden während der Pausen etwaige eingetretene Mißstände besprechen und energisch für Abhilfe eintreten.
2. Gelangt es den Verbänderten nicht, die Beseitigung der Mißstände zu erwirken, so ist im gegebenen Fall sofort die Organisationsleitung zu rufen, um mit derselben die zu treffenden Maßnahmen zu beraten.
3. Ganz besonders verpflichtet sich die Versammlung, den unerhörten Treibern bei der Arbeit sowie das unsozialistische, jeder Kollegialität entbehrende Verhalten einzelner Antreiber ein entschiedenes Paroli zu bieten und einig und geschlossen für eine vernunftgemäße Arbeitsmethode einzutreten.

Der Boeren-Krieg.

Die Friedensausichten schlecht!

Handelsminister Geraud Valfour hielt am Mittwoch in Leeds eine Rede, in welcher er erklärte, Verhandlungen im eigentlichen Sinne des Wortes würden zur Zeit in Südafrika nicht geführt. Die Boerenführer hätten einfach um die Erlaubnis nachgefragt, zusammen kommen zu dürfen, um über Einstellung der Feindseligkeiten beraten zu können. Ob die Boerenführer irgend ein Anerbieten machen würden, könnte er — Redner — nicht sagen und noch weniger könne er sagen, ob ein solches Anerbieten, wenn es gemacht werden sollte, befriedigender Natur sein würde, er selbst sei nicht sehr zuversichtlich.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Brüssel gemeldet: Dr. Leyds sagte, daß er die Meldungen über den nahe bevorstehenden Friedensschluß für Phantasien halte.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Die Demonstrationen in Belgien.

Brüssel, 10. April, 9 Uhr 24 Min. nachm. (Privat-Depesche des „Vorwärts“.) Die Versammlung vor dem Volkshause war von 10 000 Personen besucht. Die Redner mahnten zur Ruhe. Zwei Jäger von Manifestanten marschierten durch die Stadt. Die Civilgarde ist einberufen. Das Ministerium und der Gasmeter wird bewacht. Die einberufenen Soldaten durchziehen die Stadt. Die Arbeiter singend, die Stadt. Der Generalstreik hat sich auf Borinage ausgedehnt. Der Parteivorstand hat einen Appell ans Volk erlassen.

Genf, 10. April. (B. Z. B.) Gegen 6 Uhr abends ist die Umgebung des Bahnhofs schwarz von Menschen, die auf die auf Brüssel zurückkehrenden Deputierten warten. Starke Aufgehote von Polizei und Gendarmen, sowie mehrere Schwabronen Mannen halten die aufgeregte Menge zurück. Auch andre Punkte der Stadt sind von Polizei- und Gendarmen-Ausschüften besetzt. Die Bürgergarde ist noch nicht einberufen. Die Sozialisten in den zum Bahnhof führenden Straßen singen revolutionäre Lieder und bringen den Truppen Ovationen dar. Als die sozialistischen Deputierten Anfele und Gambier, von Brüssel kommend, eintreffen, werden sie von ihren Parteigenossen mit feierlichem Jubel begrüßt; die katholischen Deputierten werden von Polizeisoldaten und Gendarmen nach ihren Wohnungen geleitet. Gewisse Straßen sind von der Menge so dicht besetzt, daß die Kavallerie gezwungen ist, sich zur Freimachung der Straßen in Trab zu setzen; infolge dessen entsteht ein Hin- und Herdrängen, in welchem einige Personen verletzt werden. — Nach der Rückkehr aus Brüssel halten die Sozialisten eine Versammlung ab. — Alle öffentlichen Gebäude werden von der Polizei scharf überwacht. Patrouillen durchziehen die Straßen der Stadt. — Mehrere Personen sind wegen aufrührerischer Rede festgenommen.

Unterhaus.

London, 10. April. (B. Z. B.) Brodrick erklärt: Lord Ritcher hat mir mitgeteilt, daß die Vertreter aus Transvaal, unter ihnen Schalk Burger, Reich und Lucas Meyer in Alfordorp eingetroffen sind, wo Botha mit ihnen zusammentraf. Steijn, De Wet, Delare und drei Mitglieder der Regierung sind ebenfalls nach Alfordorp gereist, wo sie gestern angekommen sind. (Beifall.) Von den Führern ist keine Mitteilung eingegangen, außer der bezüglich Gewährung freien Geleits für die Teilnehmer an der Konferenz.

Chamberlain läßt aus: Ich weiß nicht, ob das freie Geleit für einen abgegrenzten Zeitraum gewährt ist, aber es wird ohne Zweifel so lange ausrecht erhalten bleiben, als die Verhandlungen fortgeschritten. Am Schluß derselben werden die Angeordneten ermächtigt werden, ein Jeder nach seinem Bezirk zurückzukehren.

Blad fragt, ob Schalk Burger und die andern der Verhandlung ausgelegt sein würden, falls sie nach der Rückkehr zu den Linien der Boeren gefangen genommen würden.

Chamberlain erwidert, die Proklamation bleibe in Kraft.

Milhelm a. d. Ruhr, 10. April. (B. Z. B.) Auf der Straßenbahnstrecke Milheim-Heiden wurde infolge einer Störung in der Leitung ein in voller Fahrt befindlicher Wagen zurückgeschleudert. Die Dremse verlagte, der Wagen stürzte um. Dabei wurden neun Personen schwer verletzt. Eine derselben, ein Lehrer aus Oberhausen, erlitt einen Schädelbruch und starb bald darauf.

Bitterfeld, 10. April. (B. Z. B.) In der chemischen Fabrik „Elektron“ explodierte eine Fische mit Wasserstoffgas. Zwei Arbeiter wurden getödtet, zwei schwer und zwei leichter verletzt.

Holzölle.

„Wer hat dich, du schöner Wald, aufgezoßt so hoch nach oben?“ wird man fragen können, wenn die Beschlüsse Gesetz werden, welche die Tariffkommission in der Donnerstag-Sitzung entsprechend der Regierungsvorlage und bei der Quebrachoposition erheblich erhöht angenommen hat.

Die Gast, mit der die Mehrheit vorwärts trieb, führte zu einem Schlussantrage, der dem Genossen Gradnauer bei Position 73 bis 75 die Erwidmung auf zahlreiche Angriffe abschneidet.

Zu der Debatte wurde wiederholt die Oberflächlichkeit der Regierungsmotive gestreift. Ein klassisches Beispiel für diese Art der Begründung wichtiger Materien verdient eine besondere Hervorhebung.

Am Freitag beginnt die Beratung der Viehzölle.

Vor Beginn der Donnerstagssitzung der Tariffkommission fand eine vertrauliche Besprechung statt, an welcher die Vertreter der konservativen Parteien, darunter Frhr. v. Wangenheim, des Centrums, eines Teiles der Nationalliberalen und der Antisemiten teilnahmen.

Die Beratung setzte die Kommission fort bei Position 73 (Bau- und Nutzholz).

Auf Antrag Camp (Rp.) werden die Positionen 73 bis 75 und 79 gemeinsam zur Verhandlung gestellt.

Position 73 legt auf Bau- und Nutzholz, unbearbeitet oder lediglich in der Querrichtung mit Äst oder Säge bearbeitet, mit oder ohne Rinde

hart: 0,20 M. für 1 Doppelcentner oder 1,80 M. für 1 Festmeter,

weich: 0,20 M. für 1 Doppelcentner oder 1,20 M. für 1 Festmeter.

Bisher wurde ohne Unterschied, ob hart oder weich, ein Zollfuß von 0,20 für 1 Doppelcentner oder 1,20 für 1 Festmeter genommen.

Unbearbeitetes oder lediglich in der Querrichtung bearbeitetes Bau- und Nutzholz für den häuslichen oder handwerksmäßigen Bedarf von Bewohnern des Grenzbezirks, sofern es in Traglasten eingeteilt oder mit Zugtieren gefahren wird, bleibt unter Ueberwachung der Verwendung und mit Beschränkung auf 10 Festmeter in einem Jahre für jeden Bezugsberechtigten zollfrei.

Position 74 legt auf Bau- und Nutzholz in der Längsrichtung beschlagen oder anderweit mit der Äst vorgearbeitet oder zerfleimert; auch gerissene Späne und in anderer Weise als durch Reiben hergestellte Klappspäne

hart: 0,50 M. für den Doppelcentner oder 4,00 M. für 1 Festmeter,

weich: 0,50 M. für 1 Doppelcentner oder 3,00 M. für 1 Festmeter.

Bisheriger Satz war für

hart: 1,00 M. für 1 Doppelcentner oder 6,00 M. für 1 Festmeter,

weich: 0,40 M. für 1 Doppelcentner oder 2,40 M. für 1 Festmeter.

In Position 75 wird auf in der Längsrichtung gesägtes oder in anderer Weise vorgefertigtes, nichtgehobenes Nutzholz:

hart ein Zoll von M. 1,25 für 1 Doppelcentner oder 10,- für 1 Festmeter,

weich ein Zoll von M. 1,25 für 1 Doppelcentner oder 7,50 für 1 Festmeter

gelegt. Der bisherige Satz war ohne Unterschied, ob hart oder weich, 1 Mark für den Doppelcentner oder 6 Mark für 1 Festmeter.

Auf chemischem Wege behandeltes Holz unterliegt einem Zollzuschlag, welcher beträgt

2,50 M. für 1 Festmeter oder 0,30 „ für 1 Doppelcentner hartes Holz,

0,40 „ „ „ weiches Holz.

Röhre unterliegen der Verzollung als Holz.

Position 79 belegt Eisenbahnschwellen, mit der Äst bearbeitet, nicht gehobelt

aus hartem Holz 0,40 M. für 1 Doppelcentner oder 3,20 „ für 1 Festmeter,

aus weichem Holz 0,40 „ für 1 Doppelcentner oder 2,40 „ für 1 Festmeter.

Bisher galten folgende Sätze: für hartes Holz 0,40 M. bezw. 2,40 M. für weiches Holz 1 M. bezw. 6 M.

Auf chemischem Wege behandelte Eisenbahnschwellen unterliegen einem Zollzuschlag, welcher beträgt

2,40 M. für 1 Festmeter oder 0,30 „ für 1 Doppelcentner für hartes Holz,

0,40 „ „ „ weiches Holz.

Zu diesen Positionen beantragen Gradnauer und Genossen (Soc.) prinzipiell Zollfreiheit; event. die Sätze der Handelsverträge.

Dieselben betragen in Position 73 0,20 M. bezw. 1,20 M., in Position 74

für hartes Holz Mark 0,50 für 1 Doppelcentner oder 4,00 „ für 1 Festmeter,

für weiches Holz „ 0,50 „ für 1 Doppelcentner oder 3,00 „ für 1 Festmeter;

in Position 75 „ 0,50 „ für 1 Doppelcentner oder 4,00 „ für 1 Festmeter ohne Unterschied, ob hart oder weich;

in Position 79 für harte Eisenbahnschwellen Mark 0,30 bezw. Mark 1,80, weiche „ 0,50 „ 4,80.

Frhr. v. Wangenheim (L.) beantragt für Position 74: hart Mark 0,60 bezw. Mark 4,80, 74: weich „ 0,60 „ 3,80, 75: hart „ 1,50 „ 12,00, 75: weich „ 1,50 „ 9,00.

Gradnauer (Soc.): Der Bund der Landwirte fordert Erhöhung der Zölle, weil die Einfuhr gestiegen ist. Weitere Gründe giebt er nicht an. An demselben Fehler krankt auch die ganze Vorlage.

Handelsminister Möller: Die Interessen der Holzinteressenten sind verschieden. Deshalb stellen sie sich auch zu der Frage der Scheidung des Holzes in hartes und weiches verschieden, je nachdem sie das Holz auf der Eisenbahn oder dem Wasserwege befördern.

Unterstaatssekretär v. Fischer erklärt, die Grenzbegünstigungen seien nur deshalb beschränkt worden, um mißbräuchliche Ausnutzung zu verhüten.

Frhr. v. Wangenheim (L.) kann sich sehr kurz fassen. Er glaubt, daß die erhöhten Holzpreise der letzten Jahre von Dauer sein würden. Die Drohung mit einem ausländischen Anfuhrverbot könne ihn nicht schrecken.

Serold (C.) tritt für die Regierungsvorlage unter der Voraussetzung ein, daß deren Zollsätze durch Handelsverträge nicht gemindert werden. Der Begünstigung des Eisenbahnverkehrs durch Herabsetzung der Zölle für Eisenbahnschwellen könne er nicht zustimmen.

Ministerialdirektor Vermuth und Landesforstmeister Wesener rechtfertigen die Herabsetzung des Zolls auf Eisenbahnschwellen, die nicht so hoch im Werte seien, wie die in Position 74 genannten Holzarten.

Württembergischer Ministerialdirektor Schneider widerspricht den Anträgen Wangenheims. Die Sätze des Entwurfs bedeuten für Württemberg die äußerste Grenze. Viele Industrien, die auf den Bezug ausländischen Holzes angewiesen seien, würden bei erhöhten Sätzen in ihrer Exportfähigkeit geschädigt werden.

Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge werden überall die Sätze der Regierungsvorlage angenommen.

Position 77 legt auf Cedernholz (auch Pfeifstholz): Unbearbeitet oder lediglich mit der Äst oder Säge bearbeitet, jedoch nicht in der Längsrichtung gesägt oder in anderer Weise vorgefertigt, einen Zoll von 10 Pf. für den Doppelcentner oder 60 Pf. für 1 Festmeter, in der Längsrichtung gesägt oder in anderer Weise vorgefertigt, nicht gehobelt, 25 Pf. für den Doppelcentner, sämtlich wie bisher.

Mollenbühr (Soc.) beantragt Zollfreiheit. Cedernholz sei das Rohmaterial für die Pfeifst- und Cigarrenstammfabrikation. Da Cedernholz in Deutschland nicht wachse, sei der Zoll kein Schutz Zoll, sondern nur eine Belastung der Industrie.

Genosse Lau erwidert, der Zoll sei sehr minimal und könne leicht getragen werden.

Stadthagen (Soc.): Diese minimalen Erträge kann die Reichs-kasse entbehren. Es ist ein Widerspruch, wenn man Erholungs-zoll frei läßt, weil es Rohstoff ist, und Cedernholz mit einem Zoll belegt, trotzdem es auch nur Rohmaterial ist.

Der Antrag Mollenbühr wird abgelehnt und der Satz der Regierungsvorlage angenommen.

Position 78 behandelt Nutzholz von Buchsbaum, Ebenholz, Mahagoni, Polisanter, Teakholz und Pochholz.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Gradnauer (Soc.): Hier wird eine erhebliche Steigerung der Zollsätze vorgeschlagen. Zur Begründung wird angeführt, es seien sehr wertvolle Holzarten, und daher erweise der Zoll angemessen. Die Begründung der Vorlage behauptet, die Möbelindustrie könne die Zollserhöhung tragen.

Genosse Retisch, ihn daran zu hindern, indem er behauptet, daß diese im allgemeinen Teil der Begründung stehenden Ziffern sich nur auf die Positionen 73 bis 75 beziehen.

Nach kurzer Kontroverse muß der Vorsitzende seinen Widerspruch zurückziehen und der Redner trägt die entsprechenden Zahlen vor.

Gradnauer (Soc.) legt weiter dar, daß gerade der kleinere Bauer durch die Holzölle geschädigt wird, während nur den großen Forstbesitzern die Waldrente erhöht werden soll.

Bachnick (fr. Vg.) tritt dem Verredner darin bei, daß die Holzölserhöhung nur dem Fiskus und den Besitzern einiger großer Waldungen zu gute käme.

Genosse Retisch (L.): Die Zölle auf diese Holzarten könnten erhöht werden, weil auch für Möbel höhere Zölle vorgesehen seien.

Baasche (natl.) weist darauf hin, daß die ärmeren Bevölkerungsklassen von diesen Zöllen nicht getroffen werden, da Möbel, die aus diesen feinen Holzarten hergestellt sind, von den Arbeitern nicht gekauft werden.

Gradnauer (Soc.): Die Möbelindustrie, ebenso wie die Klavier-industrie, sowie alle andre Holzbearbeitungs-Industrie werden durch die Zölle geschädigt. Der höhere Zoll für die Möbel kann dem exportierenden Möbelfabrikanten nicht nützen, wenn ihm das Produktionsmaterial verteuert wird.

Bachnick (fr. Vg.) erklärt, die Zollserhöhung im Interesse des deutschen Handwerks bekämpfen zu müssen.

Stadthagen (Soc.): Je mehr man die ausländischen Holzarten mit Zöllen belegt, desto mehr fördert man die Nachschaffung der besseren Holzarten. Gerade dem Armen wird vorgeschwärt, er laufe Mahagoniholz, während es in Wirklichkeit nachgeschabtes Holz ist.

Die Vertenerung des guten Holzes fördert die Verschärfung. Unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages werden die Sätze der Regierungsvorlage angenommen. — Dann tritt die Mittags-pause ein.

Nachmittags-Sitzung.

Am Nachmittag setzt die Kommission ihre Beratungen bei Position 80 fort.

Zur Position 81 (Naben, Felgen, Speichen) beantragen die Sozialdemokraten Zollfreiheit.

Stadthagen (Soc.) begründet diesen Antrag. Er begreife nicht, wie die Agrarier für diesen Zoll eintreten könnten, da derselbe doch in der Hauptsache die Landwirte belaste, die für Wagenräder höhere Preise bezahlen müßten.

Genosse Kanitz (L.) erkennt an, daß Stadthagen recht habe, wenn er behauptet, daß dieser Zollfuß von den Landwirten getragen werde. Die kleinen Stellmacher müßten aber geschützt werden.

Mollenbühr (Soc.) entgegnet, daß die kleinen Stellmacher die Naben, Felgen etc. aus Hildorn-Holz vorgefertigt zu beziehen pflegen und gegen die Großbetriebe konkurrenzunfähig werden würden, wenn ihnen dieses Rohprodukt künstlich durch Schutz Zoll verteuert werden würde.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt und die Sätze nach der Regierungsvorlage angenommen.

Position 82 behandelt Fagholz.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit eventuell durchweg zu setzen: 0,20 M. für 1 Doppelcentner.

Gradnauer (Soc.) begründet diesen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß unsre heimische Völkerei ohne den Bezug fremder Holzarten, insbesondere zu Eichenholz-Fagbäumen, nicht auskommen könne.

Genosse (natl.) fragt an, ob denn wirklich die deutschen Eichenwälder nicht das nötige Holz zu Fagbäumen liefern können.

Genosse Kanitz (L.) bejaht diese Frage, ist aber dennoch aus handelspolitischen Erwägungen gegen Zollfreiheit.

Unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags wird die Position 82 in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Zu Position 83 (Korbweiden) beantragt Frhr. v. Wangenheim (L.) für ungeschälte Korbweiden 1 Mark, für geschälte 8 Mark Zoll.

Gradnauer u. Gen. (Soc.) beantragen Zollfreiheit.

Wurm (Soc.) legt dar, wie groß die Vorlage der Korbmacher sei. Es sei unumstößlich, diesen, darunter auch den Blinden, die in diesem Gewerbe noch Beschäftigung finden, das Rohprodukt zu verteuern.

Frhr. v. Wangenheim (L.): Er sei froh, wenn ihm seine Korbweiden gestohlen würden, ablaufen thne sie ihm doch kein Mensch. (Gelächter.) Deshalb erlaube sich jede Einfuhr.

Ministerialdirektor Vermuth bekämpft den Antrag Wangenheims im Interesse unsrer Korbwaren-Industrie und ihres Exports. 82 Proz. ihres Bedarfs läme übrigens aus dem Inlande und nur 18 Proz. aus dem Ausland.

Wurm (Soc.): Der niedrige Preis der Korbweiden Wangenheims komme daher, daß die Korbwaren-Industrie schon rümiert sei und zwar durch die künstliche Vertenerung des Rohprodukts.

Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge werden die Zollsätze der Regierungsvorlage angenommen.

Bei Position 84 (Reisenspäne) verlangt Stadthagen (Soc.) vom Standpunkt der Kleinfabrik-Industrie aus Zollfreiheit.

Frhr. v. Wangenheim (L.) beantragt einen Zoll von 2 M. für ungeschälte Reisenspäne, von 10 M. für geschälte, erklärt aber während Stadthagens längerer Ausführungen, er ziehe seinen Antrag zurück, worauf Stadthagen unter stürmischer Heiterkeit sagt: „Wenn der Antrag Wangenheims zurückgezogen ist, dann braucht er ja nicht erst abgelehnt zu werden.“

Die Regierungsvorlage wird unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags angenommen.

Position 87 läßt Holzschollen, auch gepulvert und Holzschollenbricks wie bisher zollfrei.

Frhr. v. Wangenheim (L.) beantragt einen Zollfuß von 1 M. Ministerialdirektor Vermuth bekämpft diesen Antrag im Interesse der Holzschollenverarbeitenden Industrie und namentlich auch des Kleingewerbes.

Der Antrag Wangenheim wird gegen die Stimmen der vier Deutschkonservativen abgelehnt und die Regierungsvorlage angenommen.

Position 88 legt auf Holzmehl und Holzwohle, auch für Feilzwecke zubereitet, einen Zollfuß von 0,40 M. wie bisher.

Stadthagen (Soc.) beantragt Zollfreiheit.

Unter Ablehnung des Antrags Stadthagen wird die Regierungsvorlage angenommen.

Die Positionen 91: Gerbrinden, 92: Quebrachholz, 93: Galläpfel und die übrigen Gerbstoffe und 98: flüssige und feste Gerbstoff-Extrakte werden gemeinsam zur Besprechung gestellt.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit für alle Gerbstoffe.

Wurm (Soc.): Die Gerberei ist nicht gezwungen, nur vegetabilische Gerbstoffe zu verwenden, sondern kann auch mineralische Stoffe verwenden. Die mineralischen Stoffe werden immer mehr Eingang finden, je mehr man die vegetabilischen künstlich verteuert. Der Gerbstoff aus Eichenrinde wird nur selten genommen, weil die Eiche sehr langsam wächst und unter Klima das Wachstum wenig fördert. Mechnet man den Wert des reinen Gerbstoffes, so ergibt sich, daß Gerbstoff aus Eichenrinde sehr teuer ist. Quebracho ist nicht nur ein billiger Stoff, sondern fördert auch die Schnellgerbung.

Bei der ersten Verwendung erotischer Gerbstoffe sind Fehler gemacht worden. Die Technik hat aber Fortschritte gemacht. Vor einigen Jahren teilte die Regierung mit, daß Versuche gemacht sind, die keine günstigen Resultate erzielt hätten. Diese Versuche sind vor 7 Jahren angestellt, seitdem hat die Technik große Fortschritte gemacht und dennoch findet sich das vor 7 Jahren abgegebene Gutachten noch in der Begründung der Vorlage. 1895 verfasste der jetzige Handelsminister Möller, daß Quebracho nicht immer schlechtes Leder liefert. Hoffentlich hat Herr Möller jetzt der Regierung bewiesen, daß ihr abfälliges Urteil über Quebrachleder unbegründet war. Der beste Richter über die Güte des Produktes ist der Weltmarkt. Seit Aufnahme der Quebrachgerbung ist nicht nur der Import fremde Leder zurückgegangen, sondern der Export ist gestiegen. Der handwerksmäßige Kunstgriff hat auch in der Gerberei der wissenschaftlichen Methode weichen müssen. Mit der Verwendung des Quebracho steigt auch der Verbrauch an Eichenrinde, die mit Quebracho zusammen verwendet wird.

Der Preisrückgang für deutsche Eichenrinde ist nicht erst seit Einführung des Quebracho eingetreten. Die deutschen Schälwaldbesitzer haben wenig sorgfältig gewirtschaftet. Als die Gerber anfielen, die Preise nach dem Gerbstoffmarkt zu bemessen, mußten die Preise für deutsche Eichenrinde zurückgehen.

Mit dem Quebrachzoll würde man unsren Konkurrenten auf dem Weltmarkt den größten Gefallen thun. Diesen wäre Gelegenheit gegeben, die deutsche Lederindustrie vom Markte zu verdrängen.

Bröckmann (C.): Der Ertrag der deutschen Schälwälder sei von 18-19 Millionen auf 9-9 Millionen Mark zurückgegangen. Um diesen Ertrag wieder zu steigern, sei ein Schutz Zoll auf Gerbstoffe nötig. Redner beantragt: für Gerbrinden (91) 1,50 M.; für Quebrachholz (92) 7 M.; für die übrigen Gerbstoffe (93) 3 M.; für flüssigen Gerbstoffextrakt 14 M. und für festen Extrakt 28 M.

Staatssekretär Graf Posadowski hebt hervor, daß er bezüglich des Quebrachs noch genau auf dem gleichen Standpunkt stehe, den er vor Jahren in seinen Reden zur Geltung gebracht habe. Bei geordneten Betrieben des Schälwaldes lassen sich aus denselben zweifelslos höhere Erträge erzielen. Es gebe aber auch Hänge in unsren Gebirgen, die verrotten und verschimmeln würden, wenn sie nicht durch einen zur Zeit nicht rentierenden Schälwaldbetrieb unter Kultur gehalten würden. Es müsse darauf hingearbeitet werden, diese unrentablen Hänge mit Hochwald zu bepflanzen. Aber es lasse sich nicht plötzlich machen und darum sei ein Schutz geboten. Wolle man einen Zoll für Eichenrinde, dann müsse man auch für Quebracho einen Zoll nehmen. Der durch die erotischen Gerbstoffe herbeigeführte Anstieg der Lederindustrie läbe auch den Schälwaldbesitzern Vorteil gebracht. Die Einfuhr der erotischen Gerbstoffe habe die Eichenrinde nicht verdrängt, sondern

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, den 11. April.
Opernhaus. Der Ring des Nibelungen. Die Walküre. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Frau Anna. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opera-Theater (Kroß). Geschlossen.
Schiller. Das Gefängnis. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Es lebe das Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Die beiden Leonoren. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leistung. Eleonora Dufe. Schauspiel. Francoisa da Rimini. Anfang 7 1/2 Uhr.
Weiten. Göttergötter. Anfang 7 1/2 Uhr.
Residenz. Einquartierung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Schauspiel des Pariser Entendes vom Théâtre du Palais Royal. Le Dindon. (Der Frauenjäger). Anf. 7 1/2 Uhr.
Cercletheater. Delle Villen. Anfang 8 Uhr.
G. v. Wolzogen's Bunte Theater (Neubertstr.). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Serenissima. Anfang 8 1/2 Uhr.
Central. Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Seine Kleine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luffen. Die Waise von Cowood. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weiss. Hannemann vom Viehhof und: Der kleine Cohn. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelm-Bühnen. Romeo und Julia. Anfang 7 1/2 Uhr.
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Hierauf: Er. Anfang 7 1/2 Uhr.
Crypsus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Charivari. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Die wahre Liebe ist das nicht. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Vesperata. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Passage. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Eine Nacht im Ballhaus. Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater. Berlin auf Steigen. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 1/2 Uhr.
Urania. Tausendstr. 48/49. (Im Theateraal) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Täglich: Sternwarte.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Das Gefängnis.
Luffspiel in 4 Aufzügen von Robert Schenck.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Zum erstenmal: Mein Leopold.
Sonntagmorgen 8 Uhr:
Nathan der Weise.
Sonntagabend 8 Uhr:
Der Probekandidat.

Central-Theater.
Heute, Freitagabend 7 1/2 Uhr, am 11. Mai:
Das süße Mädel.
Operette in 3 Akten von Landberg und Stein. Musik von Reinhardt. Morgen und folgende Tage 7 1/2 Uhr: Das süße Mädel.
Sonntagmorgen 3 Uhr, halbe Preise, am 20. Mai: Die Waise. Abends 7 1/2 Uhr: Das süße Mädel.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
Heute und folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Seine Kleine.
Er. Kaiser. Hofm. Gef. u. Tanz in 3 Akten. Guido Thielcher, Fritz Heimerding, Hans Junfermann, Herbert Baumüller, Paula Worm u. G. Verda Wolbe, Promote Boje, Elise Wannopius. „Hab' Sie nicht den kleinen Cohn geseh'n?“
Sonntagmorgen 3 Uhr, H. Preise: Der liebe Onkel.

Apollo-Theater.
Anfang 8 Uhr: Um 9 Uhr:
Lysistrata
Ausstattungs-Operette von Paul Lincke mit dem Luftballett „Grigolatis“.
Ferner:
Elsa Malta
und 8 erstkl. Spezialitäten. Kasseneröffnung 7 Uhr.
W. Noacks Theater.
Brammische 16.
Der Füttenbestzer.
Schauspiel in 5 Akten von Erich Klef. Sonnabend: Die Grille.

Urania.
Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera.

Castans Panopticum
Friedrich-Strasse 165.
Zwergin mit Kinde (einzig in ihrer Art auf dem Erdenrund!!)
Der Boerenkrieg (Botha, De Wet, Dolarey, Krüger.)
Lebende Photographien.
Neu!
Kirchmeyer.

Metropol-Theater
Emil Thomas a. G.
Henry Bender Josef Josephi
Zum 12. Mal:
Die wahre Liebe ist das nicht.
Grosse Posse mit Gesang u. Tanz in 4 Bildern von Horst u. Stein, bearbeitet von Julius Freund, Musik von Victor Holländer. Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet. Morgen und die folgenden Tage: Die wahre Liebe ist das nicht.

Casino-Theater
Volksringstr. 57.
Gastspiel Antonio Agoston in „Berlin auf Steigen“ u. Urfomisch! Sensationell!
Anfang Sonntag 8, Sonntag 7 1/2 Uhr. Sonntagmorgen 4 Uhr: Dienstadt. Spezialitäten. — Weihnachten.

Carl Weiss-Theater.
Grosse Frankfurterstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Hannemann vom Viehhof und: Der kleine Cohn.
Grosse Berliner Ausstattungsposse mit Ges. in 5 Bildern von Ernst Ritterfeld. Musik von Albert Eider.
Sonnabend: Beste Kinderdarstellung, nach 4 Uhr: Der Rattenfänger von Gemen.
Sonntagmorgen 3 Uhr. Zum 1. Mal: Gänsefisch. H. Preise. Vorst. 80 Pf.

Palast-Theater
(früher Heu-Palast)
Dursstr. 22.
Direktion R. Winkler u. W. Fröbel.
Das Hiesig-Programm!
Täglich Gastspiele von Schlegern I. Rang. 8 1/2 Uhr. 8 1/2 Uhr.
Der große Lacherfolg:
Eine Nacht im Ballhaus.
Schwanz in 4 Akten von Kniefel, Kniefel, Räder: Dir. Rich. Winkler. Les Barras, einzig dahingehend. Amad. Zum 1. Male in Berlin. Ada Marcell: „Im Boudoir“. Amor, Gelang u. Tanz-Terzett. Emmeline Hochberg, Souffretten-Diva.
Anfang präcise 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Belle-Alliance-Theater.
Heute am 107. Mal:
Die Dame aus Trouville.
Schwanz mit Gesang u. Tanz in 3 Akten. Emil Sondormann, Ferd. Worms, Mizzi Birker, Rosa Martou.
Hierauf: „Er“. Pariser Lebensbild in 1 Akt.
Adels Hartwig a. G. Leopold Thurner a. G. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Die selbe Vorstellung.

Passage-Theater.
Anfang Sonntag 3 Uhr, Wochentags 5, Ende 11 Uhr.
Emilie Carola, preisgekrönte Wiener Schöneheit.
Hugo Mödlinger, der originelle Humorist mit seinem Schlag: Mit der Hand, mit dem Daumen und vier Fingern an der Zahl.
16 neue erstkl. Nummern!

Sanssouci
Kottbuserstr. 4 a,
Jeden Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Nach jeder Solree: Tanzkränzen.
Wochentags Vereinsbillets gütig und Tanz frei.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute, Freitagabend 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15j
Sitzung der Orts-Verwaltung.
Achtung! Einsetzer. Achtung!
Sonntag, den 13. April finden die Bezirks-Sitzungen in den bekannten Lokalen statt.
Regel Beteilung und Zahlung der Beiträge erwartet
Die Kontrollkommission.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Sonnabend, 12. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Dieck, Wälderstr. 123:
Konferenz der Vertrauensleute des Nordens.
Sonntag, 13. April, vormitt. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, großer Saal:
Versammlung
der Rohleger, Alempner, Banischlöffer u. verw. Berufsgeu.
Tages-Ordnung:
1. Der Bauarbeiterstreik in Preußen und die preussische Regierung. Referent: Genosse Link. 2. Diskussion. 3. Verbandangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet. 113/14
Die Ortsverwaltung.

Bauhandwerker-Krankenkasse für Berlin und Umgegend (eingeschriebene Hilfskasse Nr. 118).
Sonntag, den 13. April, vormittags Punkt 10 Uhr, im Lokal des Herrn Hoffmann, Aliegraderstr. 27c:
Außerord. General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Abänderung folgender Paragraphen des Statuts:
1. § 8 Absatz 1: Die Erhöhung des Eintrittsgeldes, sowie Absatz 4 im I. Nachtrag die Erhöhung der Beiträge § 11b und d Herabsetzung der Dauer der Krankenunterstützung. 2. Innere Kassenangelegenheiten. 3. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Versammlung wird Punkt 10 Uhr eröffnet. — In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist ein zahlreiches Erscheinen der Mitglieder dringend erforderlich. 38/14*
Der Vorstand.

Grosse Industrie-Ausstellung BERLIN 1902
für Gast- u. Hauswirtschaft, Kochkunst, Erfindungen und Neuheiten
vom 12. bis inkl. 27. April
im Luisenhof, Dresdenerstrasse 34-35.
Eröffnung am Sonnabend, den 12. April.

Schall und Rauch
(Kleines Theater)
Unter den Linden 44.
Freitag, den 11. April, abends 8 1/2 Uhr:
Gastspiel von Emanuel Reicher. Serenissimus-Zwischenspiele u. a.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang Wochent. 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlsstrasse.
Nur erstklassige Spezialitäten. J. M. Hart.
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung

„Volksgarten“, Brunnenstr. 150.
(früher Neumann.)
Empfehle meinen 1000 Personen fassenden schattigen Naturgarten mit Bühne und Saal für Vereine zur Abhaltung von Sommerfesten, Versammlungen, Hochzeiten etc. Noch einige Tage Regeldahl und Vereinszimmer zu vergeben. Kaffeeküche Liter 60 Pf. 38872*

THE FINANCIAL AND COMMERCIAL BANK, LIMITED.
(FINANZ- u. HANDELSBANK)
Capital, £ 300 000 Fully Paid. Aktienkapital RM. 6 000 000 Vollbezahlt.
28, Clemens Lane, Lombard Street, LONDON, E. C.
Telegraph-Adresse: AMIRALAT, LONDON.
AN- und VERKAUF von Wertpapieren an der LONDONER Börse, BEIHEUNG von sämtlichen an Londoner und Berliner Börsen kursierenden Wertpapieren bis 95 Pct. des Kurswertes, Lombardzinsfuß von 4 Pct. anst. Kontokorrentzinsfuß, Wechsel-discounting, Täglich Kursberichte, Anfragen über alle an der Londoner Börse gehandelte Effecten werden ausführlich beantwortet.

Möbel-Fabrik u. Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen
zu Fabrikpreisen — Eigene Werkstätten — empfiehlt am Kottbuser Thor. [3912]*
Julius Apelt, Skalitzerstr. 6,

Typographia
Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgiesser.
(M. d. A.-S.-B.) Chorleiter: Alexander Weinbaum.
Sonnabend, 19. April, in der Brauerei Friedrichshain (früher Lipp), am Königsthor:
KONZERT
unter Mitwirkung des
Berliner Tonkünstler-Orchesters. Dirigent F. v. Blon.
Nach dem Konzert: Tanz. [55/11]
Anfang präcise 8 1/2 Uhr. Eintritt 60 Pf., im Vorverkauf 50 Pf.
Billets sind zu haben im Bureau des Vereins Berliner Buchdrucker, Ritterstr. 58, in der Musikalienhandlung von Kaun, Grüner Weg 17, in der Papierhandlung von Wollner, Neue Königstr. 72, im Seltersaal des „Vorwärts“, Beuthstr. 2, und in den mit Plakaten belegten Handlungen. Der Vorstand.

Centralverband der Elektromonteuere u. Berufsgeu. Deutschlands (Sektion Berlin).
Sonntag, den 13. April, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Rümmer, Brunnenstr. Nr. 188:
Ausserordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Delegierten vom Verbandstage. 2. Diskussion. 3. Wahl des Centralvorstandes. 58/4
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand.

Töpferträger Berlins und Umgegend.
Am Montag, den 14. April 1902, abends 8 Uhr, im Lokal Rosenfalterstr. 57 (Gof):
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Waise und deren Bedeutung. 2. Bericht über die Sitzung vom 7. April mit dem Vorschlag des Töpfermeisters betreffs des Tarifs. 3. Vereinsangelegenheiten. 32/19
Die Kollegen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Aufnahmen erfolgen in der Versammlung.
Der Vertrauensmann.

Central-Verband der Töpfer.
(Zentrale Berlin.)
Freitag, den 11. d. Mts., abends 6 1/2 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Kassabericht vom 1. Quartal 1902. 2. Bericht über die Urabstimmung. 3. Gewerkschaftliches. 195/9
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Tischler-Verein zu Berlin.
Mittwoch, den 23. April, abends 7 1/2 Uhr:
Sonder-Vorstellung im Luisen-Theater, Reichenbergerstr. 34. 198/12
Neu! Unsre Männer. Neu!
Lustiger Schwanz in 4 Akten von H. Stoltze.
Vorher: Bei Neumanns. Ein Akt aus dem Berliner Leben von H. Dorn.
Billets zu bedeutend ermäßigten Preisen sind bei Riemer, Pringensstr. 64; Knaak, Köpenickerstr. 16; Coebel, Geyersstr. 35; Kretschmar, Prandstr. 41; Hinz, Waldemarstr. 65a; Grubisch, Blumenerstr. 88; König, Wilschinerstr. 55 und den anderen Vorstandmitgliedern zu haben. Baldiges Abholen ist sehr zu empfehlen.
Der Vorstand.

Arbeiter-Samariter-Kolonie.
Am Montag, den 21. April, beginnt in der Centralen Dredeckerstr. 15, und am 28. April in der Filiale Brunnenstr. 150 ein neuer Samariterkursus,
worauf alle Arbeiter und Arbeiterinnen herzlich einladen. Eintrittsgeld 25 Pf., monatlicher Beitrag 25 Pf. Die Wilschier liegt den Teilnehmern unentgeltlich zur Verfügung. Alle Anfragen und Anträge sind an den jeweiligen Vorstehenden W. Meyer, Brunnenstr. 76, zu richten. Lehrpläne sind bei denselben zu haben.
Mitgliedsbuch legitimiert. Am Montag, den 14. April, abends 9 Uhr, Dredeckerstr. 45: Fortsetzung der General-Versammlung. Punkt 4 und 5 der Tagesordnung sind zu erledigen. 201/3

Orts-Krankenkasse
für das
Bierbrauer-Gewerbe
zu Berlin,
Alte Schönhaferstr. 32, Hof I.
Am Freitag, den 18. April, abends 8 Uhr,
findet eine
Außerordentliche
General-Versammlung
im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15, im Saal I, statt.
Tages-Ordnung:
„Erhöhung der Beiträge oder Herabsetzung der Kranken-Unterstützungsbeträge.“
Um recht pünktlich und zahlreich Erscheinen ersucht
Der Vorstand.
Otto Wolf, Vorsitzender.

Kranken-Unterstützungs- u. Begräbniskasse der Lederzurichter Berlins
(G. v. Nr. 50).
Generalversammlung
am Sonntag, den 20. April, vormitt. 10 1/2 Uhr, Weinstr. 11, bei Feld.
Tages-Ordnung: 1. Rechnungslegung vom 1. Quartal 1902. 2. Antrag des Vorstandes auf Streichung des § 8 Abs. 8 des Statuts. 3. Geschäftliches. 18355
Der Vorstand.
J. W. Gustav Basse.

Orts-Krankenkasse des Zimmerergewerbes.
Sonntag, den 20. April, vormittags 10 Uhr, findet Grenadierstr. 33 bei Schütz eine
General-Versammlung
statt, zu welcher die Vertreter hiermit eingeladen werden.
Tages-Ordnung:
1. Rechnungslegung pro 1901. 2. Bericht des Prüfungsausschusses. 3. Beschlußfassung über die Abnahme der Rechnung bezgl. Dechargerteilung. 4. Bericht eines. 18268
Der Vorstand.
A. Brunzel, E. Polermann, Borchgrevink, Schriftführer.

Möbel
auf Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung liefert die Möbelfabrik
A. Krause, Zährstr. 2.
Unvergleichlich deutschen
Honig!
Unvergleichlich, schöne
helle Tafelware, wert-
die 10 Pfundkilo zu 6,50 RM., 5 Pfund-
4 RM. franco. Garant. Nicht. Keine
Verleitung zugesichert. 38811*
E. Reil, Nordthor, Bahnhof,
Auguststr. Odenbg.

Dr. Schünemann,
Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.
1/12-1/3, 1/6-1/8.

Charlottenburg.
H. Schmerberg [38112*]
Wilmersdorfer-Strasse 127,
Uhrmacher und Goldarbeiter.
Großes Lager von Uhren
und Goldwaren zu
außerordentlich billigen Preisen.
Optische Artikel. Brillen
werden schmerzlos geschliffen.
Bei Opt.
Kunstl. Grüner Wien 3 sind
alte Stiefel sehr billig.

Lokales.

Die Stadtverordneten-Versammlung

Hatte in ihrer gestrigen Sitzung nicht viel Arbeit. Die Tagesordnung umfaßte 25 Nummern, aber nur bei wenigen Gegenständen kam es zu einer längeren Erörterung. Von allgemeinerem Interesse war zunächst eine Vorlage über den Anschluß des Gemeindebezirks Treptow an die Berliner Kanalisation. Von unsern Genossen Heilmann wurde hierbei die Frage der Eingemeindung Treptows angeschnitten. Gegen die von Heilmann ausgesprochene Versicherung, daß es den Treptowern durch Gewährung des Anschlusses erleichtert werde, sich der Eingemeindung zu entziehen, wandte sich namens der „Alten Linken“ Herr Wallach; aber seine Ausführungen waren wenig geeignet, die Besorgnis zu zerstreuen. Borgmann betonte ihm gegenüber die Pflicht, in dieser Frage das Interesse Berlins nachdrücklich zu wahren. Der von der sozialdemokratischen Fraktion gestellte Antrag, die Vorlage in einem Auschuß näher zu prüfen, wurde indes abgelehnt, nachdem Oberbürgermeister Kirchner die Hoffnung ausgesprochen hatte, daß die in Aussicht genommenen Eingemeindungsverhandlungen erfolgreich sein werden. — In der Frage der Unfallversicherung des Treiberpersonals am städtischen Viehmarkt hat sich die Stadtverordneten-Versammlung leider auf den Standpunkt des Magistrats gestellt, die Sache weiter gehen zu lassen, wie sie will. Ein sozialdemokratischer Antrag, der eine Regelung der Versicherung dieser Arbeiterkategorie anstrebte, war von einem Ausschuß angenommen worden, aber die Versammlung lehnte den Antrag — mit sehr knapper Mehrheit — ab. Von unserer Seite wies Singer darauf hin, daß die Versammlung früher wiederholt anerkannt hat, daß die städtische Verwaltung auf Versicherung des Treiberpersonals gegen Unfall bestehen müsse. Stadtbagen beleuchtete die juristische Seite der Frage. Die Redner der Mehrheit und der Vertreter des Magistrats versicherten indes, daß der in dem sozialdemokratischen Antrag bezeichnete Weg nicht gangbar sei. Die Ablehnung wird den Herren Viehkommissionären zweifellos sehr erwünscht sein.

Heber die Charlottenburger Harmlosen vor Gericht plaudert eine Lokalcorrespondenz folgendes aus: So harmlos, wie es während der Gerichtsverhandlung gegen die Charlottenburger Harmlosen im Wartesaal 104 zum Schwurgerichtssaal Hergling, nicht es im Roobiter Kriminalpalast wohl selten aus. Stadtbagen am Montag anhörten einige Zeugen, fast ausnahmslos bekannte Spielratten, sie würden auch hier im Zeugenzimmer bald „einen abziehen“. Das thäten sie auch, sobald die Vernehmung der 16 Angeklagten, die drei Stunden in Anspruch nahm, begonnen hätte. Sie rauchten und tranken nicht bloß, sondern zogen auch die Karten heraus, und bald wurde an drei Tischen gespielt. Man glaubte sich in ein Aneiszimmer versetzt. Drei Kopfen Flaschen wurden zunächst verzehrt. Dann machte sich einer der Zeugen, Schankwirt Lorenz aus der Wilmersdorferstraße 127 zu Charlottenburg, auf den Weg, um neuen Stoff zu holen und nebenbei noch ein kleines Geschäft zu machen. In den benachbarten Flaschenhandlungen kaufte er jedesmal 10 bis 12 Flaschen für 1 M. und legte sie für 15 Pf. die Flasche wieder ab. Auch an stärkeren Getränken, Rum und andern Schnäpzen, war kein Mangel. Während der 1/2stündigen Pause nach der Vernehmung wurden die von dem Sachverständigen Kriminalkommissar v. Mantel vorgeführten Glücksspiele zwischen den Angeklagten und den Zeugen eifrig erörtert und praktisch probiert. Bei Bier und Tabak setzten die Zeugen diese Probe nach der Pause mit ungeschwächten Kräften. Kein Wunder, daß manchen Zeugen, die später vernommen wurden, die Erinnerung an frühere Vorgänge und Auslagen nicht mehr ganz klar war. Der Vorsitzende hatte mit ihnen keinen leichten Stand. Besonders fiel es auf, daß Leute, die sonst in den feinsten Kreisen des Glücksspiels Bekantheit wäßen, nun auf einmal so harmlos waren, daß sie sich die gewöhnlichsten Dinge wie „goldene Sechser“, meine Lante deine Lante“, „Jampeln“ und so weiter erst von dem Sachverständigen kaufen mußten zeigen lassen, um sie zu kopieren. Der Zeuge Lorenz, der sich um die geistige Unterhaltung so eifrig bemüht hatte, war in eine Verfassung geraten, daß der Vorsitzende auf sein Zeugnis verzichten mußte, weil er zu stark getrübt war. Er wurde daher auch nicht verurteilt. Am zweiten Verhandlungstage war es nicht mehr so lebhaft im Zeugenzimmer. Die am Montag vernommenen 28 Zeugen mußten im Sitzungssaal Platz nehmen. So war der Kreis zu klein geworden. Dann aber hatte wohl auch die abfällige Beurteilung, die die Harmlosen am Abend des ersten Tags vielfach zu hören bekamen, doch wohl einigen Eindruck gemacht. Interessant war es für den Richter, die Seele dieser ganzen Spielergesellschaft während der Verhandlungen im Hörsaal zu sehen. Nach dem Schluß der Verhandlungen wurde die Angelegenheit in den Wirtschaften sehr lebhaft weiter besprochen. Rum hatte auch der Hauptbelastungszeuge, Hubherr Sehl, seine Herabwürdigung, die ihn am Erscheinen vor Gericht hinderte, überwunden, so daß er sich an den Erörterungen sehr angelegentlich beteiligen konnte.

Die Hundesperre ist mit dem gestrigen Tage über Berlin verhängt worden, nachdem die eidestattliche Vernehmung von Zeugen im Laufe des gestrigen Nachmittags mit Sicherheit ergeben hat, daß der an der Tollwut verstorbene Hund des Artisten Sey am Tage vor der Feststellung der Erkrankung mit andern Tieren in Verbindung gekommen ist. Die polizeiliche Bekanntmachung über die Hundesperre wurde am vorgestrigen Spätnachmittage angeordnet und ist gestern morgen an den Säulen erlassen worden. Nach derselben müssen Hunde vom Tage der Bekanntmachung an bis zum 24. Juni einschließlich festgelegt werden. Als festgelegt gelten auch diejenigen Tiere, welche mit einem vorschreitfähigen Gallenfluß versehen an einer festen Leine geführt werden. Frei umherlaufende Hunde werden, auch wenn sie mit Maulkorb und Steuermarken versehen sind, von den dazu beauftragten Jagdbeamten aufgegriffen und nach dem Depot des Deutschen Tierärztvereins. An der Stadtbahn, Wagen 79/80, gebracht, wo sie nach drei Tagen getötet werden, falls nicht der Besitzer in dem genannten Bureau die dreimonatliche Quarantäne beantragt. In letzterem Fall muß die Verpflegungsgebühr im Voraus für die volle Zeit bezahlt werden.

Der Hund, welcher zu der harten Sperrungsmaßregel die Veranlassung gegeben, war ein sogenannter Königsputel. Das Tier, welches als Künstlerhund dem Artisten Sey gehörig, für die Bühne dressiert war, erkrankte am Sonntag, den 23. März, mittags, unter Erscheinungen, die keinen Tollwutverdacht ankommen ließen. Am folgenden Tage führte S. den Hund zum Jwed der Behandlung und Pflege nach der Königl. Tierarztschule, wo die Ärzte zunächst eine innere Blutergiebung leisteten. Erst im Laufe des Tages wurden Anzeichen der Tollwut konstatiert. Auffälligerweise erkrankte der Hund noch an demselben Abend seinen Herrn und ließ auch Wasser, wiewohl er schon am nächsten Tage, den 24. März, krepierete, ein Fall, wie er bisher noch nicht beobachtet worden ist. Da bei der Sezierung des Kadavers die Todesursache nicht festgestellt werden konnte (vorhandene Magenwürmer waren nur Begleiterscheinungen der Krankheit), mußte Tollwut als sicher angenommen werden, da dieses Leiden das einzige ist, welches weder bei Tieren noch bei Menschen nach dem Tode erkennbare Spuren hinterläßt. Auf Veranlassung des Kreisphysikus Dr. Claus, welcher die Untersuchung leitete, wurden zum Zweck einer endgültigen Feststellung Impfungen an zwei Kaninchen vorgenommen und so am 6. d. M. postum die Tollwut konstatiert, indem auch diese Tiere erkrankten. Wie der Polizeipräsident schon in seiner ersten Mitteilung bekannt gab, sollte von einer Hundesperre abgesehen werden, weil nach den glaubhaftesten Mitteilungen des Artisten Sey das Tier nie ohne Aufsicht auf die Straße gekommen sei. Auf Grund einer der Behörde zugegangenen Mitteilung, nach welcher das Tier dennoch mit andern Hunden in

Berührung gekommen sei, wurde eine neue Untersuchung eingeleitet, die das genannte Ergebnis hatte.

Städtischer Bureaukratismus. Wir erhalten aus den Kreisen der städtischen Gasanhalts-Arbeiter folgende Zuschrift: Es ist schier unbegreiflich, wie man es auf den verschiedenen Betrieben unserer städtischen Gaswerke fertig bringt, die generellen Verfügungen des Magistrats sowohl als auch die unzweideutigen Wünsche der Stadtverordneten in Bezug auf ihre Beschlüsse zu ignorieren. Als vor wenigen Wochen der „Vorwärts“ und mit ihm einige freisinnige Organe gegen die Verfügung des Magistrats bezüglich der bellediten Fürsorge für die in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter protestierten, hatte Herr Oberbürgermeister Kirchner nichts Eiligeres zu thun, als eine Sitzung des Magistratskollegiums abzuhalten, in welcher beschlossen wurde, um einer irigen Deklarierung seiner sozialpolitischen Maßnahmen von Außenstehenden zu begegnen, folgende „Verfügung“ zu erlassen:

Bezüglich der Zuwendungen der Arbeiter und Bediensteten der Stadtgemeinde in Krankheits- und Urlaubsfällen sind bisher, soweit nicht die Urlaubsordnung einen Anhalt bot, bei den einzelnen Verwaltungen einheitliche Grundsätze nicht beobachtet worden. Wir haben deshalb die nachstehenden Normen aufgestellt, welche fortan — unbeschadet der Bestimmungen der Urlaubsordnung vom 1. Juni 1900 — allen Stellen der städtischen Verwaltung zur Richtschnur dienen sollen: Es folgen die Bestimmungen, welche unter 2 wie folgt lauten: In Krankheitsfällen ist der Lohn stets nur nach Abzug des Krankengeldes und in der Regel nicht länger als vier Wochen zu gewähren.

Aus dieser Verfügung geht klipp und klar hervor, daß der Magistrat es selbst als ein gutes Recht der Arbeiter bezeichnet, in Fällen von Krankheit, die ja zumeist eine Folge der schweren physischen Arbeit in diesen ungesunden Betrieben ist, zum wenigsten auf die Dauer von vier Wochen die Differenz zwischen Krankengeld und Lohn zu verlangen. Was machen aber die Herren Leiter der Betriebe? Sie legen die Normen des Magistrats, welche „allen Stellen der städtischen Verwaltung zur Richtschnur dienen sollen, nach ihrem persönlichen Ermessen aus. Ein jeder Dirigent deutet diese für uns doch ziemlich klaren Worte anders. So hat z. B. am vergangenen Montag der Dirigent der Gasanstalt in der Danzigerstraße durch den Mund des Plagemeisters Steffen folgendes dekretiert: „Will ein erkrankter Arbeiter in den Genuß der Wohlthat einer vierwöchentlichen Unterstüßung treten, so hat er sich mit einer dementsprechenden Bitte an den Herrn Direktor zu wenden.“ Die Gasanhalts-Arbeiter Berlins halten eine derartige Auslegung der generellen Verfügung des Magistrats nicht nur für falsch, sondern müssen es auch als eine große Demütigung der Arbeiter bezeichnen, wenn sie den gerechten Anspruch auf die Lohndifferenz in Krankheitsfällen — welche sie sich im Betriebe zugezogen — erst durch eine Bittschrift zu erstreben sollen. Ist es dem Magistrat im Ernst um eine gerechte Wüßigung seiner Maßnahmen zu thun, so wird er nicht umhin können, seiner Verfügung und besonders den aufgestellten Normen die nötige Beachtung bei den Leitern der städtischen Betriebe zu verschaffen. Mit weiterem Material kann gedient werden.

Opfer des Straßenverkehrs. Durch Ueberfahren wurden in Berlin im Jahre 1901 nach den Ermittlungen des Berliner Statistischen Amtes 92 Personen getötet, 8 weniger als im Jahre 1900, das mit 100 durch Ueberfahren getöteten Personen die bis dahin höchste Zahl aufgewiesen hatte. Das weibliche Geschlecht ist an den tödlichen Unfällen dieser Art in keinem Jahre sehr zahlreich beteiligt gewesen. Auch unter den 92 durch Ueberfahren ums Leben gekommenen Personen des Jahres 1901 waren wieder nur 10 weibliche, 4 weniger als im vorhergehenden Jahre. Auf das Kindesalter, bis zu 15 Jahren gerechnet, kamen 28 tödliche Unfälle, davon allein 12 auf das Alter bis zu 5 Jahren. Das Greisenalter, von 60. Jahre an gerechnet, war mit 10 Fällen beteiligt (wovon 7 auf das weibliche Geschlecht kamen). Auf die einzelnen Jahreszeiten verteilten sich die Unfälle diesmal ziemlich gleichmäßig, während sonst in der Regel der Sommer durch besonders hohe Zahlen aufgefallen war.

Städtische Altersversorgung. Im Friedrich-Wilhelm-Hospital und der Siechenanstalt in der Föderstraße befanden sich am 31. März d. J. 500 Männer und 449 Frauen; zusammen 1048 Hospitaliten und Sieche (gegen 1043 am 31. Dezember 1901). Das Depot für ausbleibende Heilanstalten entlassene unheilbare Obdachlose hatte am 31. März d. J. einen Bestand von 52 Männern und 40 Frauen; zusammen 92 Personen (gegen 86 am 31. Dezember 1901).

Im Friedrich-Wilhelm-Hospital in der Ballhofstraße befanden sich am 31. März d. J. 2 männliche und 601 weibliche Hospitaliten (9 mehr als am 31. Dezember 1901). Es wurden demnach in den genannten Anstalten am 31. März d. J. zusammen 1743 Personen verpflegt, zu deren Bedienung z. B. ein Personal von 62 Männern und 125 Frauen beschäftigt wurde.

Ueber die Abholzungen im Tiergarten wird von Fremden der Naturdenkmale Berlins lebhafteste Klage geführt. Nicht daß man sich über eine vernünftige Niederlegung alter Baumriesen und verkrüppelter Gewächse beschwert fühlte, die einem wohlgepflegten Park zur Unzierde gereichten; lediglich gegen die Vernichtung und Vernichtung der schönen, heimischen Ulme h o l z -Anpflanzungen richtet sich der Rotschrei, dem sich selbst hervorragende Botaniker angeschlossen haben. Den Spaziergängern des Tiergartens pflegt sonst gegen die Pfingstzeit der wüßige Duft der Faulbäume zu erstehen, dann labte man sich an den Blüten des Hollunders und des Aueg und Steg umsäumten. Jetzt ist in der Gegend der Löwenbrücke, der Kaiser-Friedrich-Gedächtniskirche, an der Kosselau-Gasse u. c. fast alles desolater; man legt große Rasenplätze an, welche sich auf unfruchtbar und sandigen Boden bemähtlich nicht halten. Und da wird immer so viel über den Schatz der heimischen Wälder und ihrer Vegetation gesprochen und geschrieben! Auch die Säger des Waldes versuchen man durch diese pietätlose „Abholzung“; die Rahtigall, die Drossel und andre Singvögel bauen bemähtlich gerade in dem niederen Gebüsch ihre Nester. Wieleicht bemüht sich Herr Weikner einmal nach der Löwenbrücke, deren duffige Umgebung früher so gern aufgesucht wurde, um sich dort persönlich anzuschauen, was seine Leute angerichtet haben.

Die Arbeitslosigkeit in Berlin. Ganze Scharen von Arbeitslosen melden sich jetzt alltäglich bei den mit Vermessungsarbeiten beschäftigten Arbeitern auf dem Terrain der neuen Berliner Gasanstalt V, doch müssen sie alle unverrichteter Sache wieder heimkehren, da im ganzen zur Zeit nur etwa 50 Arbeiter eingestellt sind. Mit der Pfostierung der Zufahrtsstraßen über das Gelände hat man begonnen, auch wird der Bauzwan, der bis jetzt nur nach der Ziegler-Chaussee zu errichtet war, jetzt um das ganze große Gebiet gezogen.

Die städtischen Veschallen werden in nächster Zeit wieder eine Vermehrung erfahren. Neue Veschallen werden in den neu erbauten Schulhäusern der Waldemarstraße, der Stralauer Allee, der Rigauerstraße, der Straßmannstraße und der Waißstraße eröffnet, sobald die für sie bestimmten Räume fertig sind. Die Zahl der

städtischen Veschallen steigt damit auf elf. Die sechs älteren Veschallen, nach dem Zeitpunkt ihrer Eröffnung geordnet, sind die in der Mohrenstraße (Oktober 1896), in der Jandensstraße (April 1898), die Wilmstraße (Mai 1900), Glogauerstraße (Mai 1900), Dunderstraße (November 1900), Kottbuserstraße (November 1900). Neue Veschallen werden die Stadt in diesem Jahre nicht einrichten. Die bereits bestehenden, in der Langenstraße, am Kausfyer Platz, in der Albrecht-, August- und Schleifengasse gelegenen Veschallenbibliotheken werden mit den neuen Veschallen verbunden und nach den betreffenden Schulgrundstücken verlegt.

Zur Förderung des Turnens unter der Arbeiterschaft erläßt die „Arbeiter-Turn-Zeitung“ einen Aufruf, worin auf die Bedeutung dieser Leibesübung hingewiesen wird. Nachdem die Vorteile des Turnens in gesundheitlicher Hinsicht klargelegt sind, heißt es in dem Aufruf: Zwei Organisationen haben in Deutschland die Pflege der Turnerei auf ihr Banner geschrieben: Die „Deutsche Turnerschaft“, die nebenbei auch noch die Pflege des „Patriotismus“ propagiert, was unter den heutigen Verhältnissen nichts anderes bedeutet, als Kampf gegen jeden Fortschritt, Unterdrückung aller freisinnigen Regungen und Bevormundung der Arbeiterklasse. Alles weiteres ist sinnlose Phrase. Neben der Deutschen Turnerschaft wirkt und schafft seit 1898 der Arbeiter-Turnerbund, der sich nach und nach zur schönsten Wäste entfaltet hat. Seine Unfallkasse, die an alle verunglückten Turner 13 Wochen lang Unterstützung zahlt, die „Arbeiter-Turn-Zeitung“, die monatlich jetzt zweimal in einer Auflage von ca. 30 000 Exemplaren hinaus in das Land wandert, alles legt Zeugnis ab von einem gefunden Kerne, der dieser Organisation innewohnt. Ueber 40 000 turnende Proletarier umfaßt der Arbeiter-Turnerbund und täglich sind neue Fortschritte, neue Erfolge zu verzeichnen. Vorwärts auf der ganzen Linie, das ist die Signatur unserer Bewegung. Auch heute ergeht an alle Turner und Arbeiter, die nach in den Banden der Deutschen Turnerschaft sich befinden, die freundliche und bringende Ermahnung zum Eintritt in den Arbeiter-Turnerbund. Nicht dort, wo ihr zu Forderungen für Wärdenträger, für Kirchenparaden und sonstigen Veranlassungen bemüht werdet, ist Euer Platz, sondern im Arbeiter-Turnerbund, wo Freiheit und Fortschritt ihr Banner entfalten.

16 Personen wurden im vergangenen Vierteljahr vom Amtsgericht I wegen übermäßig schnellen Fahrens mit Geldstrafen von 20—60 M. und Haft von 6 Tagen bis 2 Wochen bestraft. Unter den Verurteilten befanden sich 5 russische (davon einer mit zwei Wochen Haft) und 5 Schlächter.

Fritz Friedmann will nach der Weibung hiesiger Blätter im Kaufmännischen Ueberblick am Alexanderplatz als Konferenzier auftreten. Wir können uns vorstellen, daß ein Mann wie Dellek von Dillencron vor diesem neuen Kollegen sehr erbaud sein wird. Nach einer Meldung heißt die Geschichte, die Herr Friedmann vorlesen wird, „Mein Evangelium“, nach einer andern „Das geheimte Geheiß“.

Der Verein der Großhändler mit Ober- und Unterfrüchten, frischen und geräucherten Fischen zu Berlin, vertreten durch den Vorsitzenden, Kaufmann W. Kriese in Berlin, Kaiser-Wilhelm-Straße 18 N, hat eine Protestschrift gegen die von den städtischen Behörden geplante Verlegung des Obfrucht-, Gemüse-, Fisch-Engros-handels aus dem Mittelpunkt der Stadt, der Central-Markthalle, nach der äußeren Peripherie an den Magistrat und die Stadtverordneten gerichtet.

An dem russischen Unterricht der 9. städtischen Fortbildungsschule können noch einige Anfänger und Fortgeschrittene teilnehmen. Der Unterricht findet Dienstag und Freitag von 7 bis 9 Uhr abends statt und kostet pro Semester 4 M. Anmeldungen nimmt mündlich und schriftlich der Dirigent Vogel, Fuchstraße 38, entgegen.

Wilde Pferde im Berliner Zoologischen Garten. Wildheir-Wildpferde, nicht etwa verwilderte Mustangs, sondern die nächsten, heute noch in den wildesten Teilen der centralasiatischen Wäste lebenden Verwandten des in Sibirien ausgestorbenen „Tarpan“, sind in Berlin aufgestellt. Dem bekannten Tierhändler Jagen d e r e d ist es geglückt, eine größere Anzahl von Tati's, wie diese Tiere von den Mongolen genannt werden, einzufangen zu lassen und nach Europa zu bringen. Unter schweren Geldopfern hat es sich ermöglichen lassen, ein Färchen dieser interessanten Gattung für den Berliner Garten zu erwerben, wo sie nun als Schaustücke ersten Ranges behandelt werden können. Es sind keine, pommhartige Tiere mit behältniswäufigem Kopf, kurzer aufrechtstehender Wäse und einem nur in der unteren Hälfte lang behaarten Schwanz. Sie sind jetzt im Winterkleide und sehr dicht und zottig behaart. Der vordere Teil der Schnauze ist weiß, der Körper schokoladen gefärbt. Die Beine sind auffallend dick und in der unteren Hälfte schwärzlich. Wie unser gezähmtes Pferd besitzen sie die sogenannten „Kastanien“ an den Hinterfüßen. Diese Tiere sind sehr scheu; sie bewohnen die Salzsteppen des Tarimbeckens.

Ueber die Fortschritte der Photographie hielt in der Freien Photographischen Vereinigung Herr Franz K ä h n einen Vortrag, worin er eine Anzahl Bilder projizierte, die in dem Zeitraum vom 1200 bis 2500 Teil einer Sekunde aufgenommen waren. Hier erweckten die Aufnahmen der Remitieren in vollster Pöace das Interesse und die Bewunderung besonders der bildenden Künstler. Denn auf den Bildern sind Schärpen erzielt worden, deren Plastik bei vollster Tätigkeit und Aktion des Objekts für die bildende Kunst von höchstem Wert sein müssen. So kann man bei dem im 2500. Teil einer Sekunde aufgenommenen Wäde eines in rasender Karriere dahinstürmenden Pferdes die Fäbne im geöffneten Munde so klar und deutlich sehen, daß es möglich ist, an ihrem Aussehen und ihrer Stellung das Alter des Pferdes nach dieser Photographie zu bestimmen. Welchen Wert für den Künstler bei dieser Schärfe das Hervortreten jeder Wästel und Sehne, das Strecken der Fessel und jede derartige Einzelheit hat, ist un schwer zu begründen.

Eine Ausstellung ärztlicher Lehrmittel beabsichtigt das Central-Komitee für das ärztliche Fortbildungswesen in Preußen im Anschluß an die am 31. Mai d. J. stattfindende Generalversammlung. Die Ausstellung soll den Zweck haben, den Leitern der lokalen Vereinigungen sowie allen denjenigen, die auf dem Gebiete der medizinischen Wissenschaft als Lehrer wirken, eine Uebersicht der wichtigsten, dem ärztlichen Berufe dienenden Hilfsmittel zu geben. Es sind jedoch nur wissenschaftliche Institute, Ärzte, Praktizanten und Verlagshändler berechtigt, die Ausstellung zu besichtigen.

Große Güterdiebstähle wurden dieser Tage auf dem Anhalter und Tempelhofer Bahnhofe von der Schöneberger Polizei aufgedeckt. Am Ostermontag sah ein Rangiermeister den Arbeiter Junide, der vom Anhalter Güterbahnhofe nach Tempelhof verlegt worden war, auf dem Anhalter Bahnhofe, wo er nicht zu thun hatte, herumlungern. Da nun Güterdiebstähle nach der Verlegung Junides auch auf dem Tempelhofer Bahnhofe vorkamen, so schöpfte er Verdacht, daß der Mann die Diebstähle, an denen die Aufsicht weniger streng ist, zu einem Vortzuge ausgewählt habe. Der Verdacht wurde der Schöneberger Polizei mitgeteilt, und dieser gelang es, ein großes Diebesnest auszuheben. Die Labnarbeiter Junide, Wölschläger, Guß und Dummer hatten sich zu gemeinsamen Wälderungen der Warenendung verbunden. Sie schnitten von den Wägen die Wäseegel ab, erbrochen Risten und Wärdre und nahmen, was sie nur bekommen konnten. Dabei kam wohl auch ein Wä-

griff vor. So vermuteten sie in einem Wagen eine Beinsendung. Sie stahlen gleich ganze Kisten. Es war aber Witterwasser. In den Wohnungen aller vier Diebe fand die Polizei eine Menge Waren der verschiedensten Art, die meisten bei Wollschläger, der bisher in dem besten Rufe gestanden hatte. Seine Wohnung gleich einem Warenhaus; sie barg Dixerterien aller Art, gegen 1000 Wein und Wasserläufer, Email- und Silbergeschloß, Tafellaufzüge und Schmuckgegenstände u. dgl. Troddem wollte er, als er vorgestern festgenommen wurde, von Diebstählen nichts wissen. Seine Frau dagegen erklärte, wenn man alles Geschloßene aus der Wohnung wegnähme, so blieben nur noch die nackten vier Wände übrig. Nach der Verhaftung ihres Mannes machte Frau Wollschläger vorgestern einen Selbstmordversuch, wurde aber von ihren sechs Kindern, von denen das jüngste eben erst in der Schule aufgenommen worden ist, an der Ausführung ihres Planes verhindert. Seitdem bewachten die Kinder sie fortgesetzt. Heute morgen gegen 5 Uhr jedoch waren alle vor Ermattung eingeschlafen. Diesen Augenblick benutzte sie, sich aus einem Fenster des 3. Stockwerkes hinab zu stürzen. Sie brach sich die Wirbelsäule und starb nach kurzer Zeit. Gleich W. und J. sind auch G. und Dummer verhaftet.

Strasenspernung. Infolge Wiederherstellungsarbeiten an der hiesigen Michaelstraße ist die rechte Seitenöffnung für den Schiffsverkehr bis auf weiteres gesperrt worden.

Feuerbericht. Ein böser Streich lag einer Alarmierung der Wehr zu Grunde, die Mittwochabend 9 Uhr nach der Beangelstraße erfolgte. Vier braunte eine Liffah-Säule lichterloh. Kurz darauf mußte in der Gerichtsstraße 56 ein Schönsteinbrand beobachtet werden. In der Triftstraße ging auf freiem Felde ein Posten Stroh in Flammen auf, die aber bald erstickt werden konnten. Zwei böswillige Alarmierungen hatte die Wehr am gestrigen Tage zu verzeichnen. Gegen 6 Uhr nachmittags wurde an dem öffentlichen Feuerwelder in der Reinholdsdorferstr. 31 Unfug verübt, ohne daß man des Täters hätte habhaft werden können. Weniger Glück hatte ein Bursche, der eine Stunde später den öffentlichen Feuerwelder in der Turmstr. 77 unbesugt zog. Er wurde hierbei abgefaßt und der Polizei übergeben. Angenommen wird, daß der Unfug auch den Unfug in der Reinholdsdorferstraße begangen hat. Das Gericht verhängt in neuerer Zeit über Personen, die bei böswilligen Alarmierungen abgefaßt werden, mit Recht empfindliche Strafen, denn neben den unnützen Scherereien, die den Beschädigten auf solche Weise erwachsen, leidet auch die Wachbereitschaft in den einzelnen Depots, da auf jede Feuermeldung hin mindestens zwei Löschzüge auszurücken. Außerdem mußte Donnerstag früh gegen 7 Uhr noch in der Gräfestr. 35 ein Feuer abgelöscht werden, das den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte.

Aus den Nachbarorten.

Schmargendorf. Wie wenig hier das gesetzliche Recht und die Meinung der Gemeindevorstände geachtet wird, hat sowohl der Verlauf der Wahl als auch die letzte Gemeindevertreter-Sitzung bewiesen, die über die Gültigkeit der Wahlen zu entscheiden hatte. Bei der Wahl eines Angestellten für die dritte Abteilung hatte der Gemeindevorsteher, ohne einen Beschluß des Wahlvorstandes herbeizuführen, eigenmächtig die auf die Kandidaten der Sozialdemokratie und der vereinigten Mieter- und Hausbesitzer-Partei abgegebenen Stimmen für ungültig erklärt, weil diese Kandidaten nicht alle einige Bestzer eines Hauses sind, was nach der Landgemeinde-Ordnung auch nicht erforderlich ist. Hierdurch wurde das Wahlergebnis derart verändert, daß dieses mit dem Willen der Wähler nicht mehr übereinstimmte. Fünf verschiedene Proteste waren gegen die Gültigkeit der Wahl erhoben, die Gemeindevorstellung nahm nur von einem Kenntnis. Die Absicht der Gemeindevorstellung trat deutlich zu Tage, als ein Vertreter von „Bildung“ und Beschäftigung erklärte: „Die Frage können wir nicht entscheiden, überlassen wir das einer höheren Instanz und verträdeln wir nicht unsre Zeit damit“. Die Wahl des Amtsvorstehers Schmidt wurde für gültig erklärt. Die benachteiligten Wähler müssen nun, um zu ihrem Rechte zu kommen, die Zeit mit der Führung eines Prozesses „verträdeln“ und die eingetragene Unfähigkeit der Gemeindevorstellung mit den Kosten einer Klage büßen. Dem Gemeindevorsteher Reumeyer war öffentlich vorgeworfen worden, seine der Gemeinde ohne Genehmigung der Vertretung zur Pfostierung seiner Privatstraße verwandt zu haben. Eine Interpellation umres Wahlvereins verlangte Aufklärung hierüber. Herr Reumeyer entzog sich aber der Selbstverteidigung durch Verschwinden. Der Gemeinde-Vorsteher konnte nur berichten, daß die betreffende Straße der Gemeinde gehört, mühte aber in der „heiligen Sache“ zugeben, daß Herr Reumeyer durch die unkorrekte Umgehung der Gemeindevorstellung sich als Adjacent der betreffenden Straße persönlich Vorteile verschafft habe und verteidigte trotzdem die Handlungsweise als im Interesse der Gemeinde liegend. In der Vertretung fehlt ein entschlossener Arbeitervertreter, dessen Prinzip Grundsätzlichkeit und Uneigennützigkeit ist. Für die Arbeiterchaft ist es Pflicht, nichts zu unterlassen, um bei der bevorstehenden Ertragswahl eines Mieters den Sieg zu erringen.

Die Ausgestaltung des Progymnasiums bei der Rixdorfer Realschule zu einem Realgymnasium ist bekanntlich von den städtischen Behörden beschlossen worden. Die Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde hat bisher jedoch noch nicht erlangt werden können. Die Zeit war zu kurz und es sind noch einige Formalien zu erledigen, bevor die Genehmigung des Kultusministers eingeholt werden kann. Daher wird das Progymnasium einstweilen weitergeführt, wozu das Provinzial-Schulkollegium seine Zustimmung gegeben hat. Es wird den Schülern ermöglicht werden, vom Wiederbeginn des Unterrichts zwischen der griechischen und der englischen Sprache zu wählen und auf die französische Sprache, die Mathematik und die Naturwissenschaften mehr Zeit und Arbeit zu verwenden. Bis zum Eintreffen der Entscheidung der höheren Behörde ist damit allen Bedürfnissen Rechnung getragen worden.

Die Gründung eines Konsumvereins ist in Nowawes vor sich gehend. Der Verein wird unter dem Namen „Konsumverein für Nowawes und Umgegend“ am 15. April in der Wallstraße 62 seine erste Geschäftsstelle eröffnen. Die Mitgliederzahl beläuft sich auf etwa 100. Der Geschäftsanteil beträgt 25 M. Wenn sich die Solidarität der Arbeiter bei diesem Unternehmen ebenso beständig, wie bei den immer stärker anwachsenden Gewerkschaften, so steht ein Emporblühen des Vereins anher allem Zweifel.

Das Anklagen und Andrusen von Waren auf den Höfen soll in Charlottenburg demnächst aufhören. Der dortige Haus- und Grundbesitzer-Verein von 1896 sammelt zur Zeit, wie die „Deutsche Grundbesitzers-Ztg.“ meldet, bei den Hausbesitzern Unterschriften zum Zwecke eines an die in Betracht kommenden Händler zu erlassenden Kollektivverbots. Da dem genannten Verein fast zwei Drittel sämtlicher Hauseigentümer des genannten Vororts angehören und auch Nichtvereinsmitglieder für das Kollektivverbot mit herangezogen werden, so dürfte schon in den nächsten Tagen in ganz Charlottenburg der Handel im Umherziehen wesentlich eingeschränkt werden. Am empfindlichsten getroffen wird durch diese Maßnahme die Meierei Wölle, welcher der Milchhandel in Charlottenburg dadurch fast gänzlich gestört wird.

Grünau. In der letzten Sitzung, welche unsere von keinem Sozialdemokraten entweichende Gemeindevorstellung abhielt, erfolgte zunächst die Einführung der neugewählten Gemeindevorsteher der ersten und zweiten Abteilung. In der ersten Abteilung ist Herr Dr. chem. Fehlbauer, in der zweiten Herr Privatier Deuther gewählt worden. Gegen die Wahl des neugewählten Vertreters der zweiten Abteilung war seitens des Vorsitzenden des Grundbesitzer-Vereins, Herrn Weder, Protest eingelegt worden. Dieser Protest stützte sich darauf, daß Herr Deuther, als er sah, daß beim Wahlgang Stimmengleichheit zwischen ihm und seinem Gegenkandidaten und bisherigen Gemeindevorsteher Herrn Dr. Scholvin, vorhanden war, noch die Vollmacht der Restaurateurwitwe Frau Buchholz in die Waagschale warf, trotzdem er vorher

unter dem Einpruch der Frau Buchholz erklärt hatte, von ihrer Vollmacht keinen Gebrauch zu machen. Andernfalls hätte Frau Buchholz die Vollmacht zur Stimmenabgabe zurückgezogen. Trotz alledem gab Herr Deuther die Vollmacht ab und ging dadurch mit einer Stimme Majorität als Sieger aus der Wahl hervor. Die Gemeinde-Vertretung erklärte jedoch die Wahl für gültig.

Die Wahlproteste gegen die vom Wahlvorstand für gültig erklärte Wahl in der dritten Abteilung werden erst in der nächsten Sitzung zur Verhandlung stehen, da die Zeit der eventuellen Protesteingänge noch nicht abgelaufen war.

Sodann wurde beschlossen, einen neuen **Veauungsplan** anzuschaffen. Die Herstellung dieses Planes soll auf dem Wege der öffentlichen Ausschreibung geschehen. Bei diesem Punkte wurde auch die Frage betreffs Einstellung Grünau in eine höhere Bauklasse besprochen. Bisher, und auch für die nächsten Jahre wohl noch, besteht mit Ausnahme eines Teils der Königsplatzstraße und der dort liegenden Nebenstraßen das Recht, nur Landhausbauten aufzuführen, während in den näher bezeichneten Straßen anschießend gebaut werden kann. Dem Gemeindevorsteher wurde aufgegeben, am nächsten Tage bei dem zu erwartenden Besuch des Regierungspräsidenten und des Landrats dahin zu wirken, daß bei der Neuordnung der Bau-Ordnung des Kreises Teltow Grünau in eine höhere Bauklasse kommt, und das Recht zugesprochen wird, anschießend zu bauen.

Wie verschiedene Gemeinden versucht haben, Berlin zu den Schullasten heranzuziehen, so versucht auch Adlershof, von Grünau einen Beitrag zu den Schullasten einzureiben; dies geschah mit der Drohung, daß, wenn binnen acht Tagen der Beitrag nicht entrichtet ist, unweigerlich die Klage angehängt wird. Diese Forderung der Gemeinde Adlershof wurde nach kurzer Debatte abgelehnt.

Ordnungskampf gegen Arbeitervereins-Mitglieder. Obgleich der Rieder-Parlamentar Herr v. Tressow die Arbeitervereine zum Kampf gegen den Unfug zu animieren gesucht hat, sind recht viele Arbeitervereins-Mitglieder in Friedrichsfelde verständig und pflichtbewußt genug gewesen, bei den letzten Gemeindevorstellungen die sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme zu geben. Der Vorstand des Arbeitervereins hat daher beschlossen, gegen diese Männer ein Verfahren einzuleiten, damit sie aus dem Verein ausgeschlossen werden. Der entsprechende Antrag ist von dem Handlungsbereitschaftler Rubin gestellt worden.

Unter der Vorortstige. Unser Vorort Friedrichsfelde ist auch bei der letzten Revision des Vorortgebietes nicht in den Groß-Postbezirk Berlin einbezogen worden. Gerade in Friedrichsfelde liegen die Postverhältnisse äußerst verwickelt. Nach der letzten Anordnung ist Lichtenberg-Ost, auch Neu-Lichtenberg genannt, dem Groß-Postbezirk Berlin zugeteilt. Eine Postführung dorthin muß aber adressiert werden „Postbezirk Friedrichsfelde“, weil sämtliche Postkästen vom Postamt Friedrichsfelde besetzt werden. Um einen aus Berlin abgehenden und daher nur mit 5 Pf. zu frankierenden Brief nach Neu-Lichtenberg zu bringen, braucht der Postbote vom Postamt Friedrichsfelde auf unter Umständen 20 Minuten; ein Berliner Brief aber, der z. B. an eine in Friedrichsfelder Postgebäude wohnhafte Person gerichtet ist, muß mit 10 Pf. frankiert sein. Auch im Orte selbst bestehen zwei Lagen. Sendet jemand von dem zur Gemeinde Friedrichsfelde gehörenden Karlshorster Ortsteil einen Brief nach Friedrichsfelde, so hat er eine Zehnminutenmarke darauf zu kleben, denn dieser Brief geht erst über Berlin, obgleich die Entfernung zwischen den beiden letzten Häusern von Friedrichsfelde und Karlshorst nur 8 Minuten beträgt. Es scheint der Postbehörde noch nicht eingefallen zu sein, daß eine solche Postgeographie recht seltsam ist, sowie, daß ein solcher Brief, wenn er, anstatt zur Bahn, nach dem Postamt Friedrichsfelde gebracht wird, um zwei Stunden früher dem Adressaten angeliefert werden kann. Daß man unter solchen Umständen in unserem Vorort von den Neuerungen auf postalischem Gebiet nicht gerade entzückt ist, wird begreiflich gefunden werden.

Die vierte Leiche der am Neujahrstage bei einer Bootsfahrt auf der Havel am Dreien Horn verunglückten Ruderer aus Charlottenburg ist jetzt von einem Arbeiter aus Kladow geborgen worden. Somit haben nun alle Teilnehmer jener verhängnisvollen winterlichen Wasserpartie ihre letzte Ruhestätte erhalten.

Die Leuchtgas-Vergiftung in Steglitz, welche zwei Opfer gefordert hat, wird zu einer staatsanwaltlichen Untersuchung Veranlassung geben. Die von der Verwaltung der englischen Gaswerke ausgesprochene Vermutung, daß das Gas aus einem Leuchtgasdefekt aus der Deckenlage in der ersten Etage in die Pitterleiche Wohnung gedrungen sei, hat bei der gestern stattgehabten Untersuchung der Leuchtgasanlage keine Bestätigung gefunden. Die gesamte Gasleitung des Hauses war in Ordnung, so daß es vollständig unerklärlich bleibt, wie das Gas in die Pitterleiche Wohnung gedrungen sein kann. Unter den obwaltenden Verhältnissen ist die Wohnung wieder polizeilich versiegelt und wird in den nächsten Tagen eine nochmalige behördliche Untersuchung an der Unfallstätte stattfinden.

Gerichts-Zeitung.

Die verhängnisvolle Preshche, welche die „Groß-Lichterfelder Zeitung“ gegen den Amts- und Gemeindevorsteher Schulze in Groß-Lichterfelde geführt und indirekte Veranlassung gegeben hat, daß der 60jährige Redakteur Dr. Adolf Klein sowie der angesehene Rektor Hilger unter dem dringenden Verdacht des Meineids verhaftet wurden, beschäufigte gestern wiederum die dritte Strafkammer am Landgericht II. Wegen Verleumdung des Amtsvorstehers Schulze war der Berliner städtische Lehrer Paul Ziegler angeklagt. Der Prozeß hatte eine juristisch hochinteressante Vorgeschichte. Am 18. November v. J. war der Redakteur und Verleger der „Groß-Lichterfelder Zeitung“, Dr. Adolf Klein, wegen sechs Artikeln angeklagt, die in gereimter und ungereimter Form schwer beleidigende Angriffe gegen den Amts- und Gemeindevorsteher Schulze enthielten. Klein, der es ablehnte, den Verfasser der Schmähartikel zu nennen, wurde in seiner Eigenschaft als verantwortlicher Redakteur wegen der sechs Artikel zu 500 M. Geldstrafe verurteilt. In dem Termin am 18. November wurde auch der Rektor Hilger zugegen, indem über die Frage verhandelt wurde, ob er der Verfasser der unreimlichen Artikel sei oder sonst für die „Gr. Lichterfelder Ztg.“ arbeite. Rektor Hilger bestritt unter seinem Eide beide Fragen. Bei einer später bei Klein vorgenommenen Hausdurchsuchung sind aber Manuskripte gefunden worden, die von der Hand Hilgers geschrieben waren, weshalb Hilger als des Meineids verdächtig in Untersuchungshaft genommen wurde. Dasselbe Schicksal traf auch Dr. Klein, weil dieser in der gegen Rektor Hilger eingeleiteten Untersuchung vor dem Untersuchungsrichter eidlich in Abrede gestellt hatte, daß Hilger Mitarbeiter seines Blattes gewesen sei. In dem Termine am 18. November war auch der Lehrer Ziegler als Zeuge vernommen worden, hatte aber auf die Frage, ob er der Verfasser der Artikel sei, die Antwort mit der Begründung verweigert, daß er sich durch die Beantwortung der Frage einer strafrechtlichen Verfolgung aussetzen könnte. Aus dieser Zeugnisverweigerung und aus dem Umstande, daß Ziegler offen zugab, mit Dr. Klein befreundet zu sein, wurde nun seitens der Anklagebehörde der Schluß gezogen, daß Ziegler der Verfasser der beleidigenden Artikel sei, weshalb gegen diesen Anklage erhoben wurde. In der Zwischenzeit sind aber die ersten vier Artikel verjährt, die Anklage war deshalb nur wegen der beiden letzten Artikel erhoben worden. Der Angeklagte gab zu, an den verjährteten Artikeln nicht unbeteiligt zu sein, dagegen bestritt er, die letzten beiden Artikel verfaßt oder an der Abfassung mitgewirkt zu haben. Dr. Klein, der aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde, erklärte ebenfalls, daß der Angeklagte die beiden Artikel verfaßt habe, doch wurde dieser nicht verurteilt. Der Staatsanwalt sah sich genötigt, selbst die Freisprechung zu beantragen. Der Verteidiger Dr. Löwenstein schloß sich diesem Antrage mit dem Bemerkten an, daß es für die Staatsanwaltschaft besser gewesen sein würde, wenn sie die Anklage gar nicht erst erhoben haben würde. Das Urteil lautete auf Freisprechung.

Der Standpunkt des Heilkünstlers. Wegen thätlicher Verleumdung einer verheirateten Frau hatte sich gestern der Chemiker

Dr. phil. Oppermann vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I. zu verantworten. Der Angeklagte betreibt in ziemlich bedeutender Umfange die Heilkunst. Als eine Frau N. als Patientin zu ihm kam, um ihn wegen eines körperlichen Leidens um Rat zu fragen, war sie eulicht über die Art der Untersuchung, die der Angeklagte für angemessen hielt. Sie betrachtete sein Vorgehen als einen schweren Angriff auf ihre Frauenehre, verließ empört die Behausung des Angeklagten und machte in voller Erregung ihrem Manne Mitteilung von dem Vorgefallenen. Dieser erstattete Strafanzeige. Der Angeklagte bestritt, sich im Sinne der Anklage vergangen zu haben und behauptete, daß er lediglich eine Untersuchung vom Standpunkte des Heilkünstlers vorgenommen habe. Der Sachverständige Gerichtsarzt Dr. Puppe bestritt dies auf Grund der Ergebnisse der Beweisaufnahme und erklärte, daß das Vorgehen des Angeklagten jeder ärztlichen Sepsisgefahr widerspreche und nur aus unbilligen Motiven zurückgeführt werden könne. Zu dieser Ueberzeugung kam auch der Gerichtshof, der den Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis verurteilte.

In psychologischer Beziehung war eine Verhandlung von Interesse, die gestern vor der sechsten Verurteilung-Strafkammer des Landgerichts I. stattfand. Der 17jährige Hausdiener Paul Walter vor dem Schöffengericht wegen Diebstahls zu drei Wochen Gefängnis verurteilt worden, wobei folgender Tatbestand als erwiesen angenommen wurde. Der Angeklagte war in der Rieberlage der Brennabor-Fahrräder in der Leipzigerstraße angestellt. Während alle übrigen Hausdiener um 8 Uhr abends Feierabend hatten, mußte einer derselben etwas länger dort bleiben, um etwa noch einlaufende Befehle zu erledigen. Sämtlichen Hausdienern war es gestattet, zur Heimfahrt eines der alten Fahrräder zu benutzen. Am Abend des 9. Dezember v. J. hatte der Angeklagte Spädbienf. Die Hausdiener der Firma verkehrten vorwiegend in einer Schankwirtschaft in der Mauerstraße. An dem genannten Abend war auch der Kollege des Angeklagten, der Hausdiener Frigen, gleich nach 8 Uhr dort eingelebt. Er stellte sein Fahrrad so vor das Schaufenster, daß er es von innen stets im Auge behalten konnte. Wöglich tief er dem Wirt zu: „Da fährt Walter mit meinem Rad fort!“ Er glaubte, daß es sich um einen Scherz handle, wie es schon früher vorgekommen war. Er ging hinaus, konnte den Durchbremer aber nicht erblicken. Er begab sich nach Walters Wohnung. Dieser stellte entschieden in Abrede, das Rad genommen zu haben, verlangte sogar, daß Frigen mit ihm zur Polizei gehe und begab sich selbst dahin, als dieser sich weigerte. Der Angeklagte erklärte bei der Polizei selbst, weissen er beschuldigt sei und verlangte Untersuchung. Im Termine vor dem Schöffengericht blieb der Zeuge Frigen dabei, daß er sich nicht irren könne, er habe den Angeklagten deutlich erkannt, als dieser sich auf das Rad schwang und davon fuhr. Daraufhin wurde Walter verurteilt. Vor der Berufungsinstanz stellte der Verteidiger, Rechtsanwalt Tommesfeld, zunächst fest, daß der Zeuge das Gesicht des Angeklagten nur von der Seite hatte sehen können. Der Angeklagte hatte das Gesicht um 8/4 Uhr auf einem Rade verlassen und war einige Minuten später durch die Mauerstraße gefahren. Es konnte genau zu derselben Zeit gewesen sein, als der Zeuge den Dieb mit seinem Rade hatte fortfahren sehen. Der Verteidiger führte nun aus, daß hier sich im Hirne des Zeugen eine Art Auto-Suggestion gebildet habe. Er habe verneint, gesehen zu haben, daß der Angeklagte sein Rad bestiegen habe und unmittelbar darauf sei der Angeklagte tatsächlich vorübergefahren. Da sei ihm die Ueberzeugung gekommen, daß beide identisch seien. Der Gerichtshof schloß sich diesen Ausführungen an, hob das erste Urteil auf und sprach den Angeklagten frei.

Unter der Anklage des Betrugs stand gestern der Gastwirt Paul Böhm vor der 11. Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte hat am 1. Februar vor. Jd. das Spezialitäten-Theater „Alcazar“ im City-Hotel übernommen. Er besah nicht hinreichende Mittel dazu und suchte sich in üblicher Weise dadurch auszuheilen, daß er einen kautionsfähigen Kassierer annahm. Der frühere Kassiermeister Wribbenow trat als Bewerber auf und erhielt die Stelle gegen Hinterlegung einer Kaution von 3000 M. Wribbenow merkte bald, daß das Geschäft auf schwachen Füßen stand, es wurde ihm bedenklich und energisch verlangte er von Böhm den Nachweis, daß dieser seinem Versprechen, die 3000 M. bei einer Paul niederzulegen, auch nachgekommen sei. Böhm war hierzu außerstande, behauptete aber dem Drängenden gegenüber, daß er Hausbesitzer sei und seine Ehefrau so viele Diamanten besitze, daß deren Wert allein schon die Kaution überschreite. Wribbenow wollte sich auf nichts einlassen und die Folge war, daß er nach einem Monat wieder abschied. Er hat auf Rückzahlung seiner Kaution erst klagen müssen und der Prozeß schwebt noch. Der Angeklagte soll über seine Vermögensverhältnisse falsche Angaben gemacht und den Zeugen Wribbenow dadurch getäuscht haben. Ein früherer Termin war dadurch zur Vertagung gelangt, weil der Angeklagte völlig neue Einwände erhob. Dies wiederholte sich im gestrigen Termine, der Angeklagte erging sich in den ungläublichsten Behauptungen und erzielte wiederum, daß der Staatsanwalt die Vertagung beantragte und der Gerichtshof dem entsprechend erkennen mußte. Es wurde aber, um etwaigen Verdunklungsversuchen vorzubeugen, beschlossen, den Angeklagten, der am 1. April sein Geschäft aufgegeben hat, in Haft zu nehmen.

Nötigung und Gewerkschaft. Der Arbeiter Schuster, ein Mitglied des Bauarbeiter-Verbands, stand in voriger Woche unter der Anklage des Betrugs gegen § 153 Gewerbe-Ordnung vor dem Schöffengericht II Berlin. Er sollte als Baudeputierter auf einen Bau in Neu-Weißensee versucht haben, den Arbeiter Blankenburg durch Drohungen zum Eintritt in den Verband zu veranlassen. Der § 153 der Gewerbe-Ordnung konnte nun, zwar nach der neuen Ansicht des Justizministers Schöffel, aber nicht nach der allgemeinen herrschenden Jurisprudenz auf diese Weise Anwendung finden, da die Gewerkschaften eben nicht als Verabredungen im Sinne des § 153 der Gewerbe-Ordnung angesehen werden. Das sollte aber dem Angeklagten nicht zum Heile ausschlagen.

Ein Zeuge hatte nämlich bekundet, der Angeklagte habe geäußert: „Wenn Blankenburg nicht in den Verband trete, werde er in ein paar Tagen vom Bau fliegen“. Um die Anklage zu retten, behauptete der Staatsanwalt: Damit sei der Tatbestand des Nötigungsversuchs gegeben; in jener Äußerung des Angeklagten liege nämlich die Drohung mit einer Körperverletzung. Als die Verteidigung diese Auffassung als sinn- und sprachwidrig zurückwies, meinte der Staatsanwalt: dann sei jedenfalls mit einer ehverletzenden Art der Entlassung vom Bau, also neuer Verleumdung gedroht. Trotz scharfen Protestes gegen diese Unmöglichkeit, erklärte sich der Gerichtshof, da verurteilte Nötigung vorliege, für unzuständig! — Am 24. April wird sich nun Schuster vor dem Landgericht II zu verantworten haben.

Der Portiervertrag und der unschuldige Hausbesitzer. Einer modernen Fußangel war der Kaufmännische Rosemann aus Rixdorf zum Opfer gefallen. Bei einem Geschäftsgange kam er auch in das Haus Panmerstraße 15 in Rixdorf, das dem Maurermeister Wilhelm Lucas gehört. Hier blieb er mit dem Zuge in einer vor der Treppe liegenden Matze, die zum Reinigen der Hüfte bestimmt ist, aber schon sehr angegriffen war, hängen, fiel hin und verletzete sich ganz erheblich an Kopf. Er war infolgedessen einige Zeit arbeitsunfähig. Herr Lucas, eine bekannte Ordnungsfürge, wurde auf Veranlassung des Vaters wegen fahrlässiger Körperverletzung angeklagt. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht Rixdorf machte Lucas geltend, ihn treffe keine vertretbare Schuld. Er habe durch „Portiervertrag“ seiner Reinigungsfrau Koad die Hausreinigung und damit auch das Ausbesen und Ausklopfen der Käufer u. dgl. übertragen. Die Beweisführung ergab, daß die Matze schon lange defekt war und daß schon verschiedene Hausbewohner daran Anstoß genommen hatten. Darauf behauptete der Angeklagte, er hätte kurz vor dem Unfall die Frau Koad um die Ausbesserung der Matze erucht. — Die Matze lag dem Gerichtshof vor. Obwohl sie einer der Herren vom Gericht selber als eine Fußangel bezeichnete, kam der Gerichtshof doch zur Freisprechung des Angeklagten. Man erachtete ihn der fahrlässigen Körperverletzung „nicht genügend“ für überführt.